

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

DOSSIER:  
BAYERs Sozialpolitik

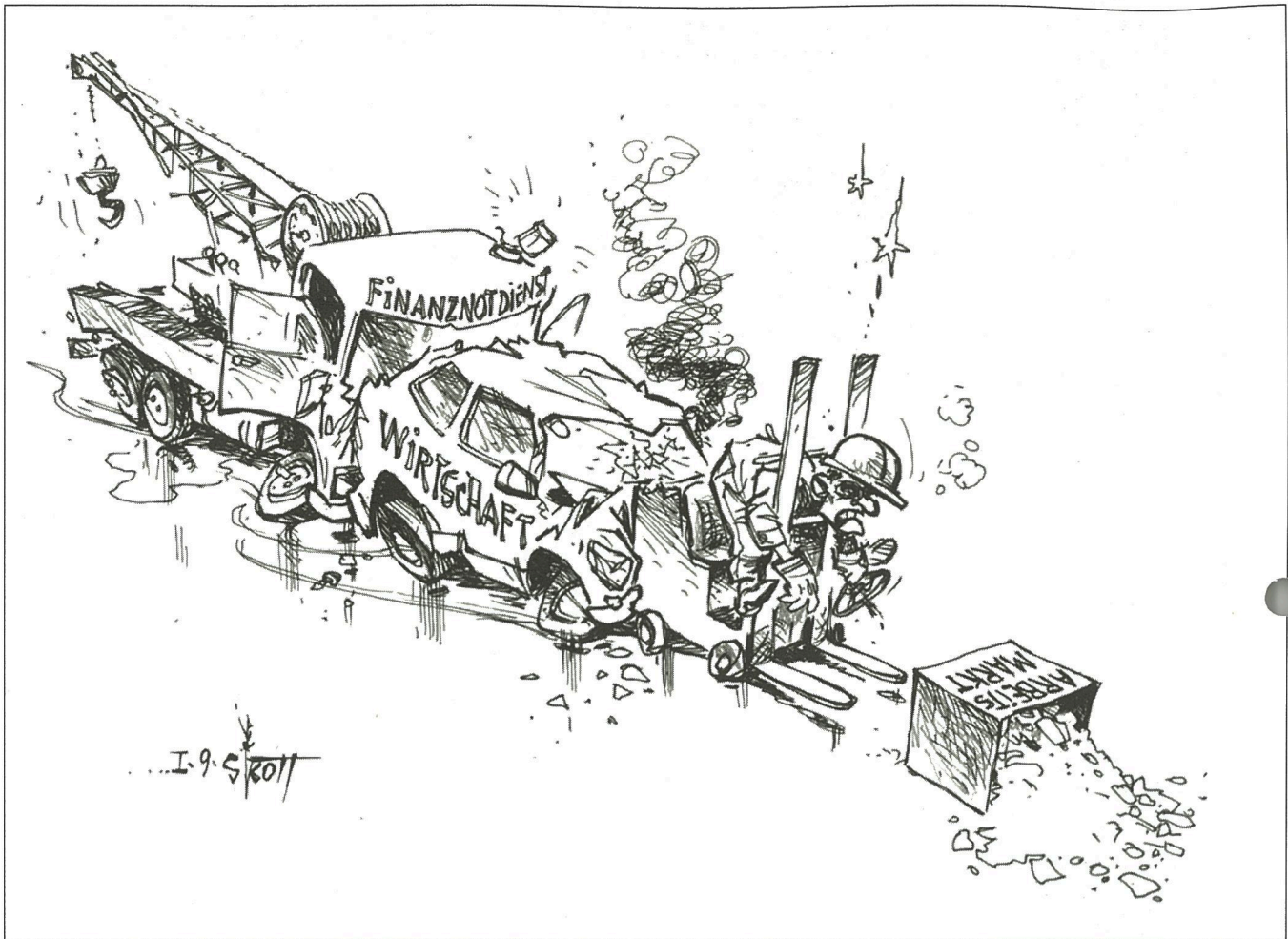
## TITEL:

### Pillen-Patente

BAYER verklagt Indien

## WEITERE THEMEN:

- Vandana Shiva übt Konzernkritik
- BAYER kann auch mit Obama
- BAYERs Krisenmanagement



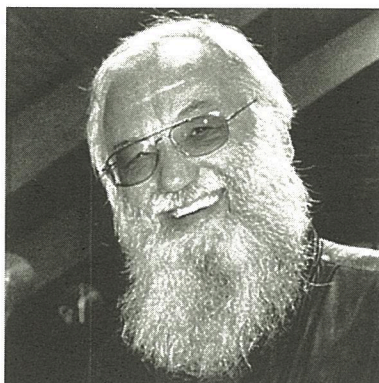
Inhalt

- |  |  |
|--|--|
| <p><b>4 Patentprozess</b><br/>BAYER will Präzedenzfall schaffen</p> <p><b>9 Vandana Shiva klagt an</b><br/>„im letzten Stadium unternehmerischer Habgier“</p> <p><b>12 Aus für BAYER-Gifte</b><br/>Neue EU-Pestizidverordnung</p> <p><b>16 Die wackeren Wackener</b><br/>Endloser Wasserstreit mit BAYER</p> <p><b>20 BAYER kann auch mit Obama</b><br/>„Der Wechsel war unvermeidlich“</p> <p><b>24 Pestizide verursachen Fischsterben</b><br/>Australische FischerInnen in Aufruhr</p> | <p><b>26 Wollheim-Memorial eingeweiht</b><br/>Späte Ehrung für Zwangsarbeiter</p> <p><b>30 BAYERs Krisenmanagement</b><br/>Business as usual</p> <p>+ <b>SWB-Dossier:</b><br/>BAYERs Sozialpolitik</p> <p><b>Rubriken</b></p> <p><b>3 Editorial</b></p> <p><b>5 CBG bei der Arbeit,</b><br/><b>0-Ton BAYER</b></p> <p><b>27 Impressum</b></p> <p><b>34 Echo, Promis gegen Profit</b></p> |
|--|--|



Mehr als  
**80.000**  
Zugriffe  
in der  
Woche.

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



Burkhard Ilchner, Redakteur und Mitherausgeber der maritimen Umweltzeitschrift *Waterkant* ([www.Waterkant.info](http://www.Waterkant.info))

## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn ein kleines Blättchen wie die *Waterkant* von einem vergleichsweise großen Blatt wie *Stichwort BAYER* um ein Editorial gebeten wird, dann ist das zunächst einmal eine nette Geste der älteren Schwester; trägt dies doch hoffentlich dazu bei, die *Waterkant* über ihre gewohnten Kreise hinaus bekannt zu machen. Danke, Schwester!

Aber selbstverständlich beinhaltet diese Geste auch eine Verpflichtung. Was hat *Waterkant* denen zu sagen, die *Stichwort BAYER* lesen und fördern? Vor allem dieses: Macht weiter, lasst Euch nicht unterkriegen und Eure Zeitschrift nicht untergehen! Das klingt zwar brachial verkürzt, wird aber vielleicht verständlich, wenn ich mich als Autor dieser Zeilen kurz vorstelle: Ich war seit den Siebziger Politik-Redakteur einer Tageszeitung, war dort häufig befasst mit meerespolitischen Themen. Dieses berufliche Engagement führte in den Achtzigern direkt in die private Unterstützung der „Aktionskonferenz Nordsee“ (AKN) und bald darauf in die ehrenamtliche redaktionelle Verantwortung für deren Mitteilungsblatt – die *Waterkant*.

Nahezu 20 Jahre lang lief beides, Zeitung als Beruf und *Waterkant* als Hobby, paral-

lel, befruchtete sich aber immer auch wechselseitig.

Mein journalistischer Einsatz für die Nordsee begann, weil die damalige Verklappung so genannter Dünnsäure zu unübersehbaren Schäden der marinen Fauna und Flora führte. Erfahrene Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift wissen, dass der BAYER-Konzern einer der maßgeblichen Lieferanten dieses Produktionsabfalls war, folglich mitverantwortlich für die Giftentsorgung ins Meer. Es gab damals etliche weitere Wege, auf denen gefährliche Chemieabfälle in Nordsee und Nordostatlantik verbracht wurden – ohne Rücksicht auf ökologische oder gesundheitliche Folgen, nur mit selbstsüchtigem Blick auf die eigene Bilanz. BAYER war immer irgendwie dabei: Ob Schadstoffeinträge über Flüsse, in die BAYERS Rohre bis heute münden, ob Giftmüllverbrennung auf See – zu Wasser und per Luft giftige Grübe aus Leverkusen, Dormagen, Uerdingen ...

Und aus Brunsbüttel: Nur kurz sei hier an die *Waterkant*-Berichte über den Kampf der Wackener LandwirtInnen gegen den Chemiekoloss an der Unterelbe erinnert, schließlich sind sie ja immer auch hier dokumentiert worden (neue Folge siehe

Seite 16). Kurz: Das Wirken von BAYER begleitet meine journalistische und politische Arbeit seit Jahrzehnten – und ebenso lange bin ich dankbar, dass es *Stichwort BAYER* und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN als verlässliche Partner in diesem Wirken gibt.

*Waterkant* steht vor einer radikalen Wende: Die AKN musste die Herausgeberschaft aus finanziellen Gründen beenden, nun versuchen langjährige Mitarbeiter des Blattes, es aus eigener Kraft und mit Spenden am Leben zu erhalten. Ein Thema, das wir in jüngster Zeit wiederholt aufgegriffen haben, ist das Problem der Munitionsaltlasten und Giftkampfstoffe, die als hoch riskante ökologische Zeitbomben in Nord- und Ostsee ticken. Einer der brisanten Stoffe heißt Phosgen, einer seiner Hersteller – BAYER.

Bedarf es noch weiterer Argumente, warum *Stichwort BAYER* der *Waterkant* dieses Editorial zur Verfügung stellt? Und warum andererseits *Waterkant* in *Stichwort BAYER* um Unterstützung auch für sich selbst wirbt?

*Zurückel (Udner)*

Patentprozess gefährdet Arznei-Versorgung

# „BAYER will offenbar einen Präzedenzfall schaffen“



2001: Protest gegen BAYERs Patentklage in Südafrika

Indien ist weltweit einer der wichtigsten Lieferanten billiger Nachahmer-Medikamente. Der BAYER-Konzern will jetzt allerdings die Zulassung eines solchen Generika-Präparates gerichtlich verhindern. Sollte das gelingen, wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der die Arznei-Versorgung in den ärmeren Ländern generell gefährdet und für viele Menschen den Tod bedeuten könnte. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und andere Initiativen protestieren deshalb vehement gegen den Vorstoß des Leverkusener Multis.

Von Philipp Mimkes

Es war im Jahr 2001, als BAYER und 41 weitere Pharma-Multis ihre Klage gegen die südafrikanische Regierung fallen ließen. Die Konzerne hatten verhindern wollen, dass das Land preiswerte AIDS-Medikamente aus Indien importiert. Südafrika berief sich dabei auf eine Klausel des internationalen Patentrechts, der

gemäß im Fall eines nationalen Notstands, der angesichts von Millionen von Infizierten zweifellos gegeben war, Patentrechte außer Kraft gesetzt und billige Generika produziert werden können. Die Firmen hatten erst nach internationalen Protestaktionen, unter anderem vor den Toren der BAYER-Werke, eingelenkt.

Und der Erfolg gibt Südafrika Recht: Die anti-retrovirale HIV-Therapie mit generischen Präparaten kostet mittlerweile nur noch 90 US-Dollar pro Jahr und PatientIn - statt ursprünglich 12.000 Dollar für eine Behandlung mit Markenmedikamenten – und ist damit für weite Teile der Bevölkerung erschwinglich geworden. Brasilien,



Proteste vorm Berkeleyer BAYER-Werk

Thailand und andere Schwellenländer legen daraufhin ähnliche Programme auf.

Die Auseinandersetzung lenkte den Blick darauf, dass die Behandlung von Millionen PatientInnen in aller Welt nicht an der Verfügbarkeit von Medikamenten scheitert, sondern an den hohen Kosten. Aufgrund langjähriger Patente können die Hersteller von Markenpräparaten wahre Phantasiepreise verlangen. Die Rechtfertigung der Konzerne, nur mit hohen Preisen ließe sich Pharma-Forschung finanzieren, geht dabei an der Realität vorbei: Mehr als doppelt so viel wie für die Entwicklung neuer Präparate geben die Firmen für das Marketing aus. Und noch immer stammt ein Großteil unentbehrlicher Medikamente aus öffentlich finanzierter Forschung.

Die Argumentation von PFIZER, BAYER und Co. unterschlägt zudem, dass Pharma-Patente auch in den Industriestaaten bis in die 70er Jahre hinein nur bedingt anerkannt wurden. Die Länder räumten nämlich im Ernstfall gleichfalls dem uneingeschränkten Zugang zu Pharmazeutika den Vorrang gegenüber den Interessen der Hersteller ein. Nach Meinung der CBG müssen ärmere Länder daher das Recht haben, den Medikamenten-Markt zu regulieren, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

### Internationale Kampagne

Eine Nummer kleiner als das Verfahren in Südafrika - aber dennoch mit internationalen Implikationen - ist die Klage, die gegenwärtig der High Court in Neu Delhi verhandelt. Der Leverkusener Multi hatte kurz vor Weihnachten die indische Medikamenten-Zulassungsstelle „Drugs Controller General of India“ (DCGI) verklagt, da diese dem einheimischen Unternehmen CIPLA eine Zulassung für das patentgeschützte BAYER-Krebsmedikament NEXAVAR erteilt hatte. Dabei hat die

Behörde das Recht dazu. Die DCGI kann Zulassungen für generische Pharmazeutika erteilen, auch wenn für die Original-Präparate noch Patentschutz besteht, um zu gewährleisten, dass nach Auslaufen eines Patents oder im Fall eines Notstands ohne Verzögerung preiswerte Nachahmer-Produkte auf den Markt kommen.

Das positive Votum der DCGI beinhaltet keine automatische Verkaufsgenehmigung. Nach Ansicht von GesundheitsexpertInnen stellt die Vorab-Zulassung von Generika daher keine Verletzung von Patentrechten dar; ein zu früher Verkauf von Nachahmer-Präparaten kann gerichtlich unterbunden werden. Dennoch fordert BAYER, im Falle eines existierenden Patents grundsätzlich keine Zulassung für solche Produkte zu erteilen. Initiativen aus aller Welt - neben der Coordination das Netzwerk HEALTH ACTION INTERNATIONAL, die Ärzte-Organisation IPPNW, die BUKO PHARMA-KAMPAGNE und MEDICO INTERNATIONAL - befürchten, dass der Prozess die Zulassungspraxis von Generika in Indien gefährdet. Was fatale Folgen hätte: Indien produziert etwa 70 Prozent aller weltweit eingesetzten Generika.

In einem gemeinsamen Aufruf fordern die Gruppen den Konzern auf, die Klage zurückzuziehen. Amit Sen Gupta vom indischen PEOPLES HEALTH MOVEMENT: „BAYER will offenbar nicht nur die eigenen Patentrechte ausweiten, sondern einen Präzedenzfall schaffen. Die Forderungen des Unternehmens gehen sogar über die im internationalen TRIPS-Abkommen festgelegten Patentregeln hinaus. Ein Erfolg der Klage würde den Einsatz lebensrettender Generika generell verzögern. Dies hätte schwerwiegende Konsequenzen für den Zugang zu preiswerten Medikamenten - nicht nur für indische Patienten, sondern für arme Menschen in weiten Teilen der Welt.“ Bernd Eichner von MEDICO INTERNATIONAL ergänzt: „Im Fall lebensrettender Medikamente kann bereits eine Verzögerung der Zulassung von preiswerten Generika um einige Monate hunderte oder tausende Menschenleben kosten, weil patentierte Medikamente für weite Teile der Bevölkerung nicht erschwinglich sind.“

### BAYER wird nervös

In den meisten Ländern der Welt, so auch in Deutschland, spielen Patentfragen bei der Erteilung von Pharma-Zulassungen keine Rolle. Hierfür sind in der Regel Patentämter zuständig. Sowohl das indi-

## CBG bei der Arbeit

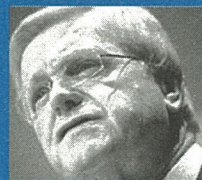
### Protest gegen Stiftungslehrstuhl



Es vergeht kaum ein Monat, an dem BAYER keine

neue Kooperation mit einer Hochschule bekannt gibt (siehe auch SWB 3/08). Jetzt hat der Leverkusener Multi der Universität von North Carolina einen „Sustainable Development“-Lehrstuhl spendiert. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) protestierte in einem Offenen Brief gegen das Ansinnen, Umweltschutz, so wie ihn BAYER sieht, mit universitären Weihen zu versehen. Die Resonanz in der US-amerikanischen Öffentlichkeit war groß. Die Bildungseinrichtung blieb allerdings bei ihrer Entscheidung. „BAYER CROSCIENCE (...) war lange Jahre ein wertvoller Partner. Solche Partnerschaften bereichern unser College-Programm und erlauben uns, unseren Studierenden sowie den Bürgern von North Carolina und anderen besser zu dienen“, antwortete der Dekan Johnny C. Wynne der CBG. Wie sie das Programm bereichern, verraten schon die Wörter. So führt die Fakultät die Industrie-Bezeichnung „Life Science“ im Namen und lehrt „Integrierten Pflanzenschutz“, die Agromulti-Version von ökologisch korrektem Pestizid-Gebrauch.

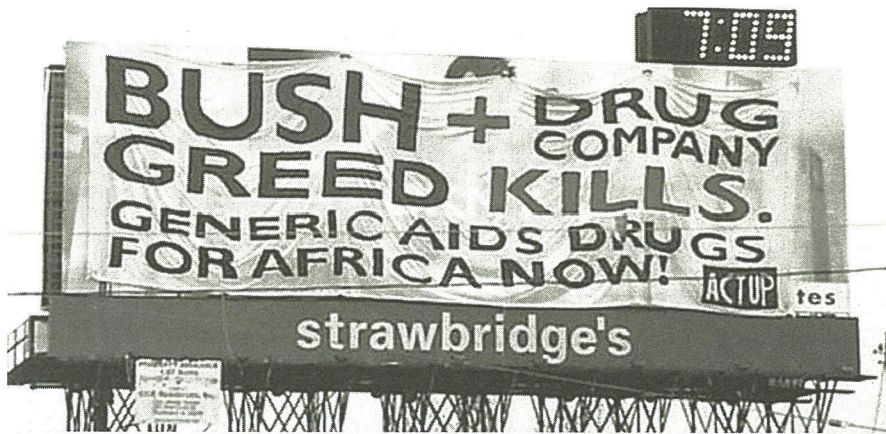
### O-Ton BAYER



„Ich fühle mich bestärkt in der These, dass wir nicht durch kurzfristige Gewinnmaximierung unsere langfristigen Ziele aus dem Auge verlieren dürfen“.

*BAYER-Chef Werner Wenning auf die Frage von SPIEGEL Online, ob er eigentlich persönliche Lehren aus der Krise gezogen habe.*





sche Gesetz wie auch das TRIPS-Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums sehen Zulassungen von Generika noch vor Ablauf eines Patents vor. Hiermit wollen die Paragrafen-Werke erreichen, dass nach Ablauf oder im Fall der Aberkennung eines Patents sofort Generika auf den Markt kommen können und diese nicht erst einen zeitaufwendigen Zulassungsprozess durchlaufen müssen. Auch klinische Studien von Generika-Herstellern sollen hierdurch ermöglicht werden.

Als Mitglied der Welthandelsorganisation WTO war Indien gezwungen, bis zum Jahr 2005 das TRIPS-Abkommen umzusetzen.

Das Parlament des Landes hatte dabei aber mehrere Mechanismen zum Schutz der Gesundheitsversorgung beschlossen. Dem vorangegangen waren Forderungen insbesondere aus anderen Entwicklungsländern, die Produktion indischer Generika nicht zu gefährden. Hierzu Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises: „Konzerne privatisieren die Lebens- und Existenzgrundlagen der Menschen und machen sie zum Eigentum der Unternehmen. Meine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, dass Lebensgrundlagen nicht privatisiert werden, dass Bauern das Recht auf Reproduktion von Saatgut haben, dass

wir pharmazeutische Produkte selbst herstellen können. Denn unsere eigenen Medikamente kosten hundertmal weniger als die der großen internationalen Unternehmen.“

In einer ersten Anhörung in Neu Delhi gelang es BAYER, das Genehmigungsverfahren von CIPLA vorerst aussetzen zu lassen. Gleichwohl zeigen sich die Verantwortlichen im Konzern durch die internationale Kampagne, die von Nachrichtagenturen und Tageszeitungen aufgegriffen wurde, verunsichert: Briefe von Mitgliedern der CBG wurden zunächst entgegenkommend beantwortet („Den Zugang zu innovativen Arzneimitteln, den Sie ansprachen, auch in ärmeren Regionen der Welt mit zu ermöglichen, ist sicherlich eine der größten politischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit“). Nur wenige Tage später erklärt der Pharma-Riese die Diskussion jedoch für beendet: „Ich werde Ihre Anmerkungen an unsere Rechtsabteilung weiterleiten. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich darüber hinaus zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr dazu sagen kann“, heißt es in einer Stellungnahme von BAYER-Sprecherin Anna Koch.

## WISSENSCHAFT lebt von der *DISKUSSION*

**raum  
&  
zeit**



### raum&zeit

- ✓ informiert Sie über das, was (lebens-)wichtig ist.
- ✓ informiert Sie über eine angstfreie Zukunft.
- ✓ informiert Sie über das, was Ihnen die (anzeigen-)abhängigen Medien verschweigen müssen.
- ✓ informiert Sie über Wege zum Selbstvertrauen.
- ✓ informiert Sie über Hintergründe, die Sie aus den Massenmedien nie erfahren.
- ✓ informiert Sie über eine lebens- und menschenfreundliche Wissenschaft.

### *Neugierig geworden?*

#### Dann gleich kostenloses Probeheft bestellen:

ehlers verlag gmbh, Geltinger Str.14e, 82515 Wolfratshausen  
Tel.:08171/418460 , Fax: 08171/418466,  
mail: vertrieb@ehlersverlag.de, www.raum-und-zeit.com



# Spuren hinterlassen.

## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

-----  
Vorname, Name

-----  
PLZ, Ort

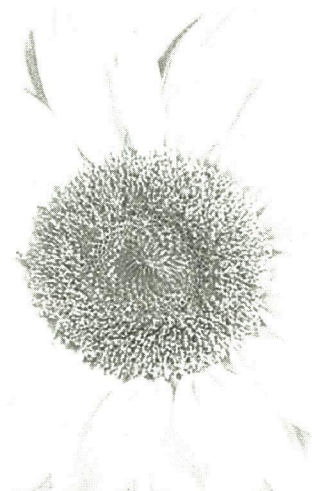
-----  
Straße, Haus-Nr.

-----  
Telefon, Fax

-----  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 150418 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**



Wider die Angst: Satyagraha

# „Wir sind uns im letzten Stadium unternehmerischer Habgier“



Vandana Shiva

*Auf einem Kongress von MEDICO INTERNATIONAL hat die alternative Nobelpreisträgerin Vandana Shiva eine flammende Rede gegen die Allmacht der Konzerne gehalten und zu einer neuen Art von Solidaritätsbewegung aufgerufen. Stichwort BAYER dokumentiert.*

*Von Vandana Shiva*

Eine der größten Herausforderungen für Solidarität heute ist der Umgang mit den Erfindungen und Konstrukten, die der Kapitalismus geschaffen hat, um uns, unsere Welt und unser Denken zu beherrschen. Ich komme aus Indien. Unser Land wurde jahrzehntelang von der EAST INDIA COMPANY beherrscht, einer der

ersten Kapitalgesellschaften überhaupt. 1857 gab es unsere erste Unabhängigkeitsbewegung. Der Aufstand scheiterte, aber er brachte das Ende der Herrschaft der EAST INDIA COMPANY. Die Herrschaft der internationalen Konzerne hat für die Menschen in Indien bereits Züge der totalen Kontrolle über Handel und

Wirtschaft angenommen, so wie sie einst die EAST INDIAN COMPANY ausübte. Damals hatten wir die EAST INDIAN COMPANY, jetzt haben wir Saatguthersteller, Pharmamultis, chemische und gentechnische Bigplayer, die unser Land regieren.

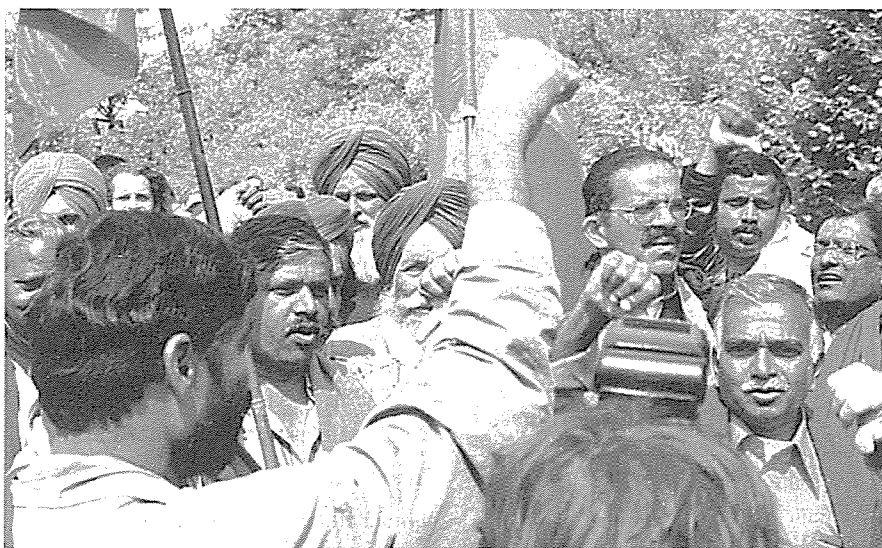


## Konzern-Diktatur

Immer deutlicher wird, dass das Gesundheitswesen und die Lebensmittelversorgung weltweit von fünf Konzernen bestimmt werden. Aus meiner Sicht ist das Diktatur und keine Wirtschaftsdemokratie. Ein Wandlungsprozess hat stattgefunden. Die Demokratie ist nicht mehr vom und für das Volk, sondern von und für die Konzerne. Wenn wir uns heute hier mit einer Neubestimmung von Solidarität beschäftigen, dann müssen wir mit dieser Herrschaft der Konzerne umgehen. Wenn wir darüber nicht reden, werden wir nicht die nächsten Schritte auf dem Weg zur Verteidigung unserer Freiheiten und zu unserer Befreiung bestimmen können. Jetzt werden auch an uns die Limousinen, die Mercedesse und BMWs verkauft, und dafür muss noch der letzte Rest Stahl und Aluminium verbraucht werden. Wir befinden uns im letzten Stadium unternehmerischer Habgier. Es richtet sich direkt gegen die sozialen Existenzrechte der Armen. Dieser Angriff erfolgt manchmal indirekt, aber auch unverblümt und offen, denn sie nehmen sich einfach die Allgemeingüter, die Commons. Sie privatisieren die Lebens- und Existenzgrundlagen der Menschen und machen sie zum Eigentum der Unternehmen. Nehmen wir die Beispiele Medizin und Saatgut. Die Patente reichen durch die Regulierungen der Welthandelsorganisation (WTO) und die Vereinbarungen über geistiges Eigentum (TRIPS) so weit, dass die Konzerne, die Patenhalter, nicht ruhen werden, bis sie jedes lebende System auf diesem Planeten monopolisiert haben.

## Keine Privatisierungen!

Meine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, dass Lebensgrundlagen nicht privatisiert werden, dass Bauern das Recht auf Re-



Indische LandwirtInnen demonstrieren vor dem Leverkusener BAYER-Werk

produktion von Saatgut haben, dass wir pharmazeutische Produkte selbst herstellen können. Denn unsere eigenen Medikamente kosten hundertmal weniger als die der großen internationalen Unternehmen. Wir befinden uns mitten in einer Lebensmittelkrise. Die *Financial Times* und das *Wall Street Journal* berichten von einem neuen Plan der Weltbank. Aber der neue Plan der Weltbank ist der alte Plan, der diese Ernährungskrise verursacht hat. Nun sollen unsere Steuergelder dafür eingesetzt werden, um genetisch verändertes Saatgut und Düngemittel noch höher zu subventionieren und um sie noch schneller im Süden einzusetzen. Subventioniert werden auch SUEZ, VIVENDI und RWE, die ganz scharf darauf sind, jeden Tropfen Wasser zu privatisieren.

Für alle Lebensbereiche sind die Pläne genau ausgearbeitet. Diese Konzerne wissen, was sie wollen. Wenn es ihnen gelingt, durchzusetzen, dass jeder Bauer jährlich Lizenzgebühren für Saatgut bezahlt, dann haben sie einen globalen

Markt, der drei Billionen Dollar hergibt. Diese Gewinne sind definiert und eingeplant. Und deshalb werden sie jede Form des Terrors, des Angstschürens und der Einschüchterung nutzen, um die Bauern zu zwingen, ihre Freiheiten aufzugeben.

## Milliardenprofite

Vor ein paar Jahren hatte ich in Leipzig in einer Kirche eine Diskussion, an der auch der deutsche Bauer Josef Albrecht teilnahm. Er wurde verklagt, weil er es wagte, Saatgut selbst herzustellen und es mit seinen Nachbarn zu teilen. Die Konzerne wollen, dass weltweit alle Bauern jedes Jahr Saatgut nur bei ihnen kaufen. In den USA wurde gegen 500.000 Bauern geklagt. In Indien haben 200.000 Bauern deshalb Selbstmord begangen.

Die Privatisierung von Wasser bringt Milliardenprofite. Ein ungeheures Geschäft mit einem existentiellen Bedürfnis der Menschen, das nun zu Marktpreisen befriedigt werden soll. Was Marktpreise bedeuten, wissen wir. COCA COLA stiehlt

## LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

LATEIN AMERIKA  
NACHRICHTEN



LATEIN AMERIKA  
NACHRICHTEN



## DIE MONATSZEITSCHRIFT ZU LATEINAMERIKA

10 mal jährlich  
Aktuelle Hintergrundberichte  
und Analysen zu Politik,  
Gesellschaft und Kultur  
in Lateinamerika

PROBEABO BESTELLEN: [abo@LN-berlin.de](mailto:abo@LN-berlin.de) //  
[www.lateinamerika-nachrichten.de](http://www.lateinamerika-nachrichten.de)



jeden Tag zwischen 1,5 und 2 Millionen Liter Wasser, jede einzelne COCA-COLA-Niederlassung nimmt sich ihr Wasser. Es brauchte den Mut einer Frau aus Kerala, die sich dagegen wehrte, dass sie jeden Tag noch mehr Meilen laufen musste, um an Trinkwasser zu kommen, während COCA COLA es einfach nahm und verschmutzt zurückließ. Sie hat zusammen mit weiteren zehn Frauen vor sechs Jahren eine Aktion zivilen Ungehorsams vor den Werkstoren von COCA COLA begonnen. Daraus entstand eine zivilgesellschaftliche Bewegung, der es am Ende gelang, die Schließung des Werkes zu erreichen.

**Vorbild Ghandi**

In diesem Kampf taten wir das, was Gandhi 1930 getan hat, als die Briten das Salz monopolisieren wollten. Sie hatten ein Gesetz erlassen, in dem sie uns die Salzgewinnung verboten. Gandhi ging damals an den Strand, hob das Salz auf und sagte: „Die Natur gibt es umsonst, wir brauchen es für unser Überleben, wir werden damit fortfahren, unser Salz herzustellen. Wir werden eure Gesetze misachten“. Diese Gesetzesübertretung nannte er Satyagraha - ein ethisches Prinzip,

mit dem er zuvor schon in Südafrika seine Regelverweigerung, seinen Gesetzesbruch, seinen Widerstand gegen die Apartheid begründete. (Satyagraha bedeutet so viel wie: das unbeirrte Festhalten an dem, was sein soll, weil es wahr ist.) Ein Aufruf zu zivilem Ungehorsam auch gegen herrschende Gesetze. Und jetzt, hundert Jahre später, stehen wir hier und überlegen, wie wir gegen die

**Wenn wir uns heute hier mit einer Neubestimmung von Solidarität beschäftigen, dann müssen wir mit dieser Herrschaft der Konzerne umgehen**

Diktatur der Konzerne vorgehen können, die uns alle unsere Freiheiten rauben will. Eine der Illusionen, die sie uns verkaufen, ist, dass es mehr ökonomische Freiheit bringen würde, wenn wir wirtschaftliche Unabhängigkeit aufgeben. Sie ersetzen unsere Freiheiten als Arbeiter, als Angestellte, als Bauern, als Krankenschwestern, als Ärzte durch das Recht der Supermärkte, das Recht und die Freiheit zu kaufen. Wir werden zu Konsumenten

reduziert. Der Konsumismus soll unsere Erfahrung der Freiheit sein, und damit partizipieren wir am Katastrophenkapitalismus.

**Commons verteidigen!**

Der Konsumismus ist für unseren Planeten ein Krebsgeschwür im Endstadium. Er hat einen unstillbaren Appetit auf unsere Ressourcen und unsere Allgemeingüter, unsere Commons. Solidarität heißt deshalb heute, unsere Allgemeingüter auf lokaler und globaler Ebene zu verteidigen. Wir müssen die kleinen Seen eines winzigen Dorfes genauso verteidigen wie die Atmosphäre unseres Planeten, die durch den Emissionshandel privatisiert wird. So hat Nicholas Stern im Klima-Bericht der britischen Regierung klar formuliert: „Emissionshandel bedeutet Eigentumsrechte an der Atmosphäre“. Aber wer bekommt diese Eigentumsrechte? Die Verschmutzer. Eigentlich besagen die bislang geltenden Umweltschutz-Gesetze, dass der Verschmutzer zahlen muss. Der Handel mit Emissionen stellt dieses Gesetz auf den Kopf. Nun wird der Verschmutzer bezahlt.

Wenn wir unsere Commons verteidigen wollen, können wir nicht schweigend ab-

*Konzern-Willkür beenden!*

*Weltweit kauft Bayer alles auf  
doch wir Kollegen zahlen drauf*

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

**Ihre BAYER-Aktien  
gegen Konzernwillkür**

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir den Vorstand und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne:  
Umweltzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag, Ausbeutung, politischer Machtmissbrauch.

1978 - 2008

**30 Jahre CBG**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Coordination gegen BAYER-Gefahren

---

**Ja, ich besitze BAYER-Aktien und möchte die Stimmrechte übertragen.**

**Bitte Absender angeben und zurück schicken. Danke.**

Name, Vorname	
Straße, Nr.	PLZ, Ort
Fon/Fax	eMail
Datum/Unterschrift	Beruf
	Geburtsjahr

**Coupon bitte zurücksenden an**

Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

seits stehen, wenn Staaten, die von Konzernen regiert werden, unseren Reichtum untereinander aufteilen und damit unsere Zukunft gefährden. Diese Solidarität, die notwendig ist, um unsere lebensnotwendigen Allgemeingüter zu verteidigen, geht über den bisherigen Begriff von Solidarität hinaus.

### Neue Bündnisse

Früher genügten uns einfache Gewerkschaften, aber in Zeiten, in denen das Kapital global agiert und keine Grenzen mehr kennt, müssen auch wir Grenzen überwinden. Niemand kann alleine gleichzeitig überall sein, deshalb müssen wir durch unsere Solidarität überall gegenwärtig sein. Die neue Solidarität muss eine Allianz der Solidarität in der Vielfalt sein.

Unsere Bewegung vereint Bauern und Konsumenten: Bauern sind nicht länger nur Produzenten, Konsumenten nicht länger nur Esser. Konsumenten und Produzenten zusammen müssen einen Plan entwickeln, der allen Nahrung und Gesundheit bietet. Und es funktioniert, wir müssen nicht warten, bis die Staaten ihre Politik ändern, und dann eine andere Ernährungspolitik betreiben.

Wie Sie wissen, verlegen Firmen wie MERCEDES BENZ oder BMW Teile ihrer Produktion nach Indien, sie alle brauchen Land. Das Land, auf dem diese Fabriken gebaut werden, stehlen sie den armen Bauern. Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit einem Vertreter der Gewerkschaften von FIAT. Sie solidarisieren sich mit den Bauern, die von TATA und FIAT in Singur ausgeblutet werden. Wer hätte sich vor zehn Jahren vorstellen können, dass Gewerkschaften eines Autoherstellers mit einfachen Bauern um die gleichen Ziele kämpfen?

### Widerstand gegen Angst

Wenn wir realisieren, dass Vielfalt kein Hindernis für die Solidarität darstellt, werden sich ganz neue Wege eröffnen, auf dieser Welt zu leben. Wir nennen es „Erdendemokratie“. Wir müssen das Definitionsrecht, was Menschsein auf diesem Planeten im Jahr 2008 bedeutet, zurückfordern. Dabei müssen wir alle mit einbeziehen, denen Nahrung verweigert wird, oder die Opfer ungerechter Kriege sind, die auf diesem Planeten geführt werden. Und während wir alle gemeinsam solidarisch nach einer Lösung suchen, müssen wir unerschrocken gegen den Diebstahl

unseres gemeinsamen Reichtums, unserer Commons, vorgehen. Der letzte Widerstand ist der Widerstand gegen die Angst. Wir müssen klarmachen, dass wir nur die

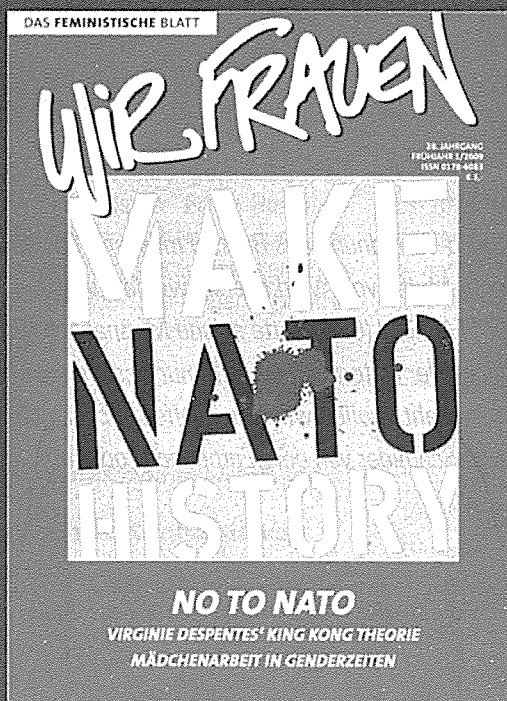
### Der Konsumismus soll unsere Erfahrung der Freiheit sein, und damit partizipieren wir am Katastrophenkapitalismus

Gesetze anerkennen, die auf Gerechtigkeit und Ökologie basieren und nicht die der Konzerne. Solche Gesetze werden tagtäglich geschaffen, um unser Leben zu kontrollieren und uns davon abzuhalten, aktiv zu werden. Sie reduzieren uns auf die Angst.

Das ist Faschismus, das ist das endgültige Ende der Freiheit, die wir so sehr brauchen. Wir können uns nicht leisten, dass das Prinzip der Angst die Welt beherrscht, als letzter Weg, um eine Menschheit, die sich nach Freiheit, Gemeinsamkeit und Solidarität sehnt, zum Schweigen zu bringen.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von MEDICO INTERNATIONAL

Die Frühjahrsausgabe



[www.wirfrauen.de](http://www.wirfrauen.de)

# ABO

- Ich möchte die Zeitschrift kennen lernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3,50 Euro in Briefmarken.
- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausgaben jährlich, für 15,00 Euro.
- Ich möchte kostenfrei die Newsletta per E-Mail abonnieren.

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum und Unterschrift

Telefon-Nummer

E-Mail-Adresse

Die Ausgaben (36 Seiten) erscheinen jeweils im März, Juni, September und Dezember. Bitte mit vollständiger Adresse und Tel.-Nr. senden an: WIR FRAUEN e.V. – Verein zur Förderung von Frauenpublizistik, Rochusstr. 43, 40479 Düsseldorf.

## Neue EU-Pestizidverordnung

# Aus für BAYER-Gifte



*Die EU mistet den Giftschrank von BAYER & Co. aus. Nach der neuen Pestizid-Verordnung aus Brüssel müssen - höchstwahrscheinlich - Glufosinat und andere Agrochemie-Wirkstoffe des Leverkusener Multis vom Markt verschwinden, weil sie die menschliche Gesundheit schädigen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte solche Maßnahmen im Sinne des Verbraucherschutzes lange gefordert. Allerdings haben die LobbyistInnen der Unternehmen nicht nur Besseres verhindert, sie drohen auch weiteres Ungemach an. „Wenn es an die Umsetzungsphase geht, wollen wir dabei helfen, sicherzustellen, dass der beschrittene Weg auf Fakten statt auf Angst beruht“, so Friedhelm Schmider von der „European Crop Protection Association“ (ECPA).*

*Von Jan Pehrke*

„Die neue Verordnung spiegelt die große Bedeutung wider, die die Europäische Kommission dem Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt beimisst“, mit diesen Worten kommentierte die EU-

Kommission die Annahme der neuen Zulassungsregeln für Pestizide durch das Europäische Parlament. Die abgesegnete Richtlinie schließt künftig alle Agrochemikalien von der Genehmigung aus, die

Krebs erregen, die Erbanlagen schädigen und/oder das Fortpflanzungsvermögen beeinträchtigen. Auch bienenschädlich dürfen die Substanzen in Zukunft nicht mehr sein. 23 Wirkstoffe landeten auf der

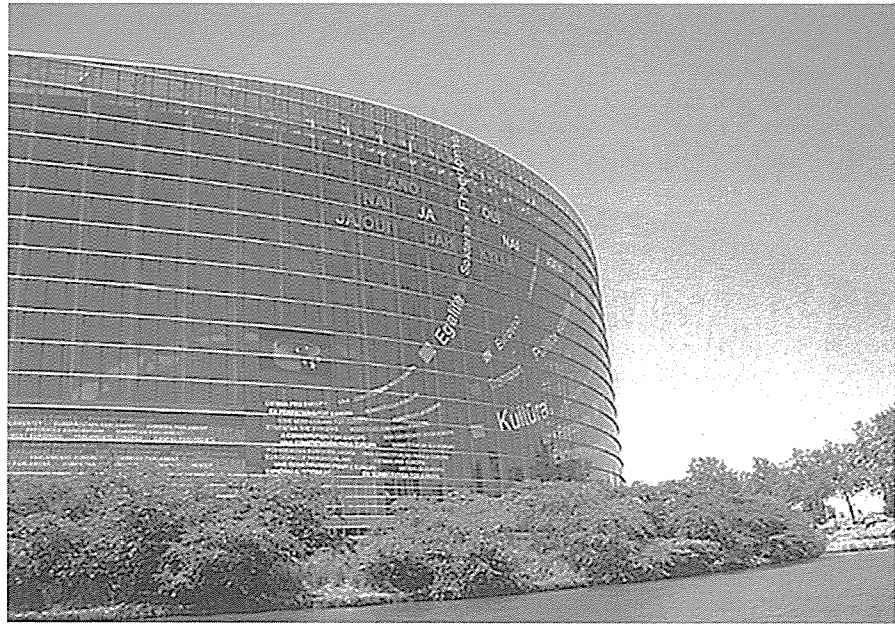
vorläufigen schwarzen Liste, darunter befinden sich sechs Inhaltsstoffe von BAYER-Produkten: Glufosinat, Carbendazim, Mancozeb, Tebuconazole, Bifenthrin und Thiacloprid. Für die Art und Weise der Anwendung hat die EU ihre Vorschriften ebenfalls verschärft. So erlaubt sie das Versprühen aus der Luft nur noch unter strengen Auflagen und hat um Gewässer Bannmeilen gelegt.

### Kehrtwende

Damit hat die Europäische Union eine Kehrtwende in der Pestizidpolitik eingeleitet. Hielt sie sich bisher an die Relativitätstheorie „Die Dosis macht das Gift“, so haben die PolitikerInnen diese jetzt relativiert und die menschliche Gesundheit zum absoluten Maß aller Zulassungsdinge erklärt. Entsprechend lautstark beklagt der „Industrie-Verband Agrar“ (IVA) den „Abschied von Paracelsus“. Und während die BASF von „unverantwortlicher Agrarromantik“ spricht, warnt die ECPA angesichts des drohenden Aus' für ganze 23 der 507 in Europa zugelassenen Ackergifte vor einer Gefährdung der Nahrungsmittelsicherheit und empfindlich höheren Preisen. Der „Verband der britischen Fruchterzeuger“ entwirft in seinem „worst case scenario“ sogar schon eine Katastrophe vom Format der irischen Hungersnot von 1845.

### Extrem-Lobbyismus

„Mit Händen und Füßen gegen jegliche Änderung bei der EU-Pestizidzulassung“ hat sich die Chemische Industrie nach den Worten der grünen EU-Parlamentarierin Hiltrud Breyer deshalb gestraubt; ihre konservative Kollegin Erna Hennicot-Schoepges spricht von heftigen Auseinandersetzungen und „überaus starkem Lobbyismus“. Mit über 300 Änderungsanträ-



Straßburger EU-Parlament

gen - meistens made in Germany - hatte sich das Straßburger Parlament zu befassen - und änderte auch fleißig. So kippte das Gremium das Vorhaben, den Pestizideinsatz in der EU bis 2017 um die Hälfte zu senken. Statt Reduktion ist deshalb weiter Expansion angesagt. Allein in der Bundesrepublik stieg der Pestizidverbrauch von 38.883 Tonnen im Jahr 1998 auf 40.744 Tonnen im Jahr 2007, was sich nicht zuletzt in den immer alarmierenderen Befunden über pestizid-belastete Lebensmittel niederschlägt.

Die ParlamentarierInnen gewährten zudem längere Auslaufphasen und ließen viele Sonderregelungen zu. Angeblich unverzichtbare Ultragifte können mit einer 5-jährigen Schonfrist rechnen, die wohl bis 2016 währen wird, da die Mitgliedsstaaten bis 2011 Zeit haben, die Richtlinie in nationales Recht zu überführen. Die CBG hat dies in einer Presseerklärung

scharf kritisiert. „Pestizide wie Glufosinat, deren Gefährlichkeit für Anwender und Verbraucher erwiesen ist, müssen sofort vom Markt genommen werden. Das Verbot des Wirkstoffs muss zudem Konsequenzen für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen haben. Es darf in der EU keine weiteren Anbau- oder Import-Genehmigungen für glufosinat-resistentes Saatgut geben!“, heißt es darin. Dessen ungeachtet hat die Europäische Union wenig später die Einfuhr von BAYERs Genrapsorte T45 erlaubt.

Ungebrochenen Zugang zum Giftschrank erlaubt zudem noch eine weitere Bestimmung. Sollten die Landwirte den Plagegeistern mit erlaubten Mitteln nicht mehr Herr werden, bieten ihnen so genannte Lückenindikationen die Möglichkeit, zu härterem Stoff zu greifen. „Davon werden vor allem der Obst- und Gemüseanbau profitieren“, weiß der IVA. Auch an die

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

*Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf*

**Grenzen der Globalisierung**

Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft

7. Auflage

2007 - 600 S. - € 29,90

*Achim Brunnengräber; Kristina Dietz; Bernd Hirschl; Heike Walk; Melanie Weber*

**Das Klima neu denken**

Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik

2008 - 253 S. - € 24,90

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE INFO@DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Straßburger EU-Parlament von innen

neu geschaffenen drei europäischen Großzonen, in denen jeweils andere Zulassungsbedingungen gelten, knüpft er große Erwartungen. Die Grenzländer können die Genehmigungen nämlich einfach übernehmen, weshalb der Lobbyclub sich Hoffnungen auf die Durchsetzungskraft der niedrigsten Standards machen darf. Darüber hinaus eröffnet den Konzernen das Gebot, die inkriminierten Agrochemikalien möglichst schnell zu ersetzen, die Chance, kürzere Zulassungsverfahren zugesprochen zu bekommen.

**Feinarbeit folgt**

Noch nicht einmal die Schwarze Liste, zu deren Länge BAYER-Stoffe so einiges beigetragen haben, ist für den Leverkusener

Multi amtlich. „Es gibt noch keine Liste der Stoffe, die verboten werden sollen. Wir können daher noch gar nicht einschätzen, welche konkreten Folgen die Neuregelung für uns haben wird“, erklärte BAYER-CROPS-SCIENCE-Sprecher Utz Klages. Große konkrete Folgen hätte vor allem der Bann von Glufosinat, denn auf diesem Wirkstoff, der Missbildungen bei Föten, Verhaltensstörungen und Gehirnschädigungen hervorruft, hat der Leverkusener Multi die „Zukunftstechnologie“ seiner Genpflanzen-Baureihe LIBERTY aufgebaut. So hofft BAYER nun auf die Fortsetzung der „politischen Landschaftspflege“, die im Vorfeld der EU-Entscheidung intensiv betrieben wurde, bei der Implementierung der Verordnung. Die

Interessensvertretungen bereiten sich schon darauf vor. „Wenn es an die Umsetzungsphase geht, wollen wir dabei helfen, sicherzustellen, dass der beschrittene Weg auf Fakten statt auf Angst beruht“, bietet der Ex-BASFler Friedhelm Schmider von der ECPA an. Sein IVA-Kollege Volker Koch-Achelpöhler setzt ebenfalls auf die „Feinarbeit zur Verordnung“: „Sonst werden Forschung und Entwicklung in der Industrie schwer beeinträchtigt“. Aber ganz egal, wieviel Lobby-Feinarbeit noch folgen mag, der Anfang zu einer auch von der CBG immer wieder eingeforderten Pestizid-Politik, welche die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist gemacht.



Foto: © Brandon W. Abatey

**Nahrung ist ein Menschenrecht**

**17 Millionen ...**

**... entspricht**

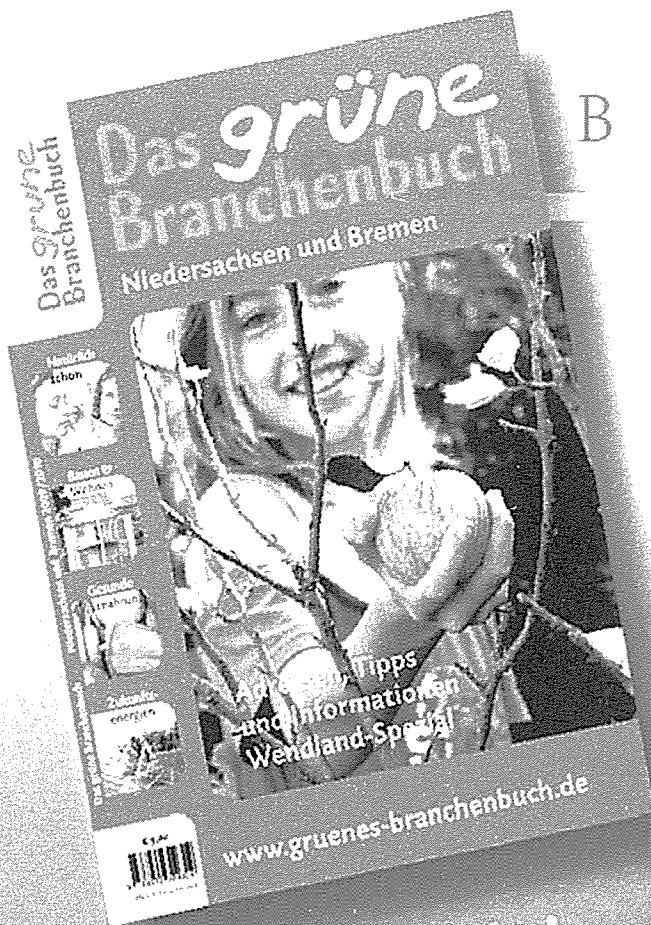
- a) der Gesamtinwohnerzahl von Bayern, Brandenburg und Thüringen?
- b) der Anzahl der Schulkinder, die im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh täglich eine warme Mahlzeit erhalten - nachdem FIAN aktiv wurde und gemeinsam mit Partnerorganisationen das indische Verfassungsgericht angerufen hat?
- c) der Anzahl der Menschen, die weltweit im Laufe eines Jahres an den Folgen von Hunger und Mangelernährung sterben?

Richtig!

- Informieren
- Engagieren
- Mitmachen!



FIAN-Deutschland e.V. • Briedeler Straße 13 • 50969 Köln • [fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)  
 Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung  
 Spendenkonto 4000 4444 00 • GLS-Bank • BLZ 430 609 67



## B U C H T I P P

Jetzt **NEU**:  
Niedersachsen  
und Bremen!  
... dort wo es Bio-  
Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

160 Seiten ISBN 978 3 937746 00 0

## G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgaben(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg   |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen        | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 - [www.gruenes-branchenbuch.de](http://www.gruenes-branchenbuch.de)  
[service@gruenes-branchenbuch.de](mailto:service@gruenes-branchenbuch.de)

CBG-12 02 09

Bauern oder BAYER – wem gehört das Grundwasser?

# Wackener Wasserstreit, Teil IV



Der Landwirt Hans Möller misst die Grundwasser Absenkung

*Der kleine Ort Wacken im schleswig-holsteinischen Landkreis Steinburg (Kreisstadt Itzehoe) ist heute eher durch das jährliche Heavy-Metal-Festival und natürlich den dazu gedrehten Dokumentarspielfilm „Full Metal Village“ bekannt. Der seit mittlerweile 30 Jahren schwelende Streit um das Wasserwerk in Wacken und die Entschlossenheit einiger Betroffener, sich gegen eine Allianz aus Wirtschaftsinteressen, Verwaltungsapparat und willfährigen Gutachtern zur Wehr zu setzen, verdient aber mindestens dieselbe Wahrnehmung und Anerkennung (siehe SWB 1/06).*

*Von Thomas Kleineidam*

Es ist inzwischen eingetreten, was schon 2005 abzusehen war: Dem Betreiber des Wackener Wasserwerks wurde die wasserrechtliche Bewilligung erteilt, aus den Brunnenfassungen Wacken und Pöschchen-

dorf auf die Dauer von 30 Jahren bis zu fünf Millionen Kubikmeter Grundwasser zu fördern<sup>1</sup>. Diese jährliche Fördermenge ist nach den Erfahrungen der vom Wasserwerksbetrieb geschädigten Landwirte

und Hausbesitzer aber viel zu hoch. Das Wasserwerk in der Gemeinde Wacken wurde im April 1977 in Betrieb genommen, um das Industriegebiet Brunsbüttel an der Elbe und hier vor allem den



so genannten BAYER Industriepark<sup>2</sup> mit hochwertigem und billigem Brauchwasser zu versorgen. Bereits im Sommer 1979 machten sich die Auswirkungen von BAYERs Grundwasserentnahme bemerkbar. Die Pumpen in Haus- und Weidebrunnen zogen nur noch Luft, weil der Grundwasserspiegel so stark abgesunken war. Kleine Quellen versiegten, und zehn Jahre

### Einer aber kämpft seit Anfang an: der Landwirt Hans Möller

zuvor verlegte Rohrdränagen blieben trocken. Die Trinkwasserversorgung brach teilweise, zusammen und schleunigst wurden die Häuser ans Wasserwerk angeschlossen. Ab 1986 fielen an Gebäuden in mehreren Ortsteilen von Wacken Schäden in Form von Rissen auf.

Ein Zusammenhang zwischen dem Betrieb des Wasserwerks und der Verursachung von Schäden durch die Absenkung des Grundwassers haben die Wasserwerksbetreiber von Anfang an abgestritten. Viele Betroffene wehrten sich, stellten Entschädigungsanträge und Anträge auf Reduzierung der Fördermengen. Den meisten blieb im Laufe der Jahre die finanzielle „Luft“ weg, sie scheuten die hohen und abschreckenden Gerichts- und Gutachterkosten, ließen sich von Drohungen einschüchtern oder konnten einfach nervlich die Verteidigung ihrer Interessen nicht mehr durchstehen.

Einer aber kämpft seit Anfang an, unterstützt von seiner Familie und wenigen Mitstreitern, um eine angemessene Kompensation der Schäden auf seinen Flächen und an seinem Hof sowie um eine Reduzierung der Fördermengen: Landwirt Hans Möller. Die Geschichte des Streits um das Wackener Grundwasser ist zum Teil der Lebensgeschichte der Familie Möller geworden.

Im Jahr 2004 lief die auf 30 Jahre erteilte Bewilligung zur Grundwasserentnahme ab. Daher hatte der Zweckverband Wasserwerk Wacken im Dezember 2003 den

Antrag auf Neubewilligung der Grundwasserentnahme in Höhe von 6,2 Millionen Kubikmeter pro Jahr gestellt, davon sollten vier Millionen Kubikmeter aus den Wackener Brunnenfassungen kommen.

Im Erörterungsverfahren 2005 wurden 195 Einwendungen vorgebracht, davon 15 von Trägern öffentlicher Belange und acht Einzelpersonen. Gegenstand waren meist die Absenkung oberflächennahen Grundwassers und die daraus folgenden Gebäude- und Bodenschäden, die durch den Betrieb des Wasserwerks verursacht wurden. Das zuständige „Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein“ (LANU) brauchte zwei Jahre, um die Einwendungen zu prüfen und zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Bewilligung vom Juli 2007 liegt mit fünf Millionen Kubikmeter pro Jahr niedriger als die beantragten 6,2 Millionen Kubikmeter. Sie enthält Nebenbestimmungen, von denen einige als Teilerfolg gewertet werden können, wie etwa die Auflage, Bodensackungen und Gebäudeschäden zu untersuchen und in Kontrollmessstellen bestimmte Grundwasserstände nicht zu unterschreiten.

In den Erläuterungen zum Bewilligungsbescheid wird bestätigt, „... dass das ... geförderte Grundwasser zwar zu Trink-

wasser aufbereitet wird, jedoch zu einem hohen Prozentsatz als Brauchwasser an die Industrie verkauft wird“<sup>3</sup>. Auch die von den Einwendern nachgewiesene mangelhafte Qualität der Umweltverträglichkeitsstudie und ihrer Rechenspiele wird amtlich bestätigt: „Darüber hinaus wird der Gesamtheit der hypothetischen Grundwasserneubildungsrate die Grundwasserentnahmemenge gegenüber gestellt und vorgerechnet, dass nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Grundwasserneubildungsmenge für die Entnahme genutzt wird. Dieses ist irreführend.“

Sogar die Absenkung des oberflächennahen Grundwassers und die wichtige Rolle Hans Möllers für die Untersuchungen wird von Amts wegen bestätigt: „Im hydrogeologischen Gutachten wird darauf hingewiesen, dass auf Grund der geringen Datendichte ein Flurabstandsplan für die Gesamtheit des Einzugsgebiets des Wasserwerks nicht erstellt werden kann. ... In Teilbereichen ... ist dieses jedoch möglich, nicht zuletzt, weil hier auf Initiative des Einwenders H. Möller ... ein engständiges oberflächennahes Grundwassermessstellennetz betrieben wird. Das Phänomen der sinkenden Wasserstände ist ... am Beispiel der Messstellenstandorte 24 und 25 dargestellt. ... Diese Wasserstandstrends können nicht auf die Flurbereini-

**Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.**



**www.CBGnetwork.org**

# Waterkant

UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION  
WWW.WATERKANT.INFO

unter neuer Regie:  
»Förderkreis WATERKANT«  
hat Herausgeberschaft übernommen!

Seit 1986 sorgen wir uns um die Meeresumwelt, um Naturschutz-, „Gemeinsames Erbe der Menschheit“ Struktur- oder Sozialpolitik der Küstenregion – immer kritisch, meist unbequem. Eine Schifffahrt, die ist lustig? Na, ja... Und ehrenamtlich. Unser neuer Herausgeber ist der gleichnamige Förderverein. Des Glückes Hafen braucht keine Container. Dessen Mitglieder sowie Spenden machen es möglich, in 2009 weiter Hirschlein, Fischlein, Dir droht Ausrottung zu erscheinen. Aber für das publizistische Überleben darüber hinaus Flüsse fließen: kanalfest und zugemüllt brauchen wir weitere Abos und Spenden. Rettet die WATERKANT! Meer, Mensch, Küste – zum Ausplündern zu schade

Danke.

Näheres unter [www.waterkant.info](http://www.waterkant.info).

gung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts zurückgeführt werden, weil sich die Absenkungen sonst schon früher bemerkbar gemacht hätten. Außerdem reichen die Absenkungen unter Vorflutniveau. ... Der Abwärtstrend ist zweifelsfrei in mehreren Messstellen belegt. Er beträgt im Einzelfall bis zu 1,5 Meter. ... Es kommt hier also zu einer zusätzlichen Absenkung, die ihre Ursache nur in der Grundwasserförderung haben kann."

Wer allerdings glaubte, nach solchen Erkenntnissen würde die Grundwasserentnahme eingeschränkt, wurde schnell enttäuscht. Die auf den ersten Blick positiv scheinenden Nebenbestimmungen erweisen sich bei näherer Betrachtung als unzureichend. So liegen die Grundwasserstände, die nicht unterschritten werden dürfen, bis zu fünf Meter unter denjenigen, die noch vor Beginn des Wasserwerksbetriebs vorherrschten, also viel zu tief, um Nachteile aus der Grundwasserförderung verhindern zu können. Auch die vorgeschriebenen Untersuchungen dienen nicht dazu, das tatsächliche Ausmaß aller Schäden zu erfassen. So heißt es im Bewilligungsbescheid klipp und klar: „Ziel dieses Bewilligungsverfahrens ist nicht, über etwaige Schäden, die aus dem ver-

gangenen Vorhaben“ – gemeint ist die Grundwasserförderung bis 2007 – „herühren, zu befinden. Um zukünftige Schäden feststellen zu können, muss die derzeitige Ist-Situation dokumentiert werden“<sup>4</sup>.

Im Prinzip heißt das nichts anderes, als

**Im Erörterungsverfahren 2005 wurden 195 Einwendungen vorgebracht, davon 15 von Trägern öffentlicher Belange und acht Einzeleinwendungen von direkt Betroffenen**

dass die Betroffenen sich mit den bisher eingetretenen Schäden abzufinden und sie als „Ist-Situation“ zum Zeitpunkt der Neubewilligung hinzunehmen haben. Dabei wird unterstellt, es sei möglich, bisher eingetretene und eventuelle zukünftige Schäden eindeutig auseinanderzuhalten. Das ist praktisch ausgeschlossen, weil die bisher eingetretenen Schäden niemals systematisch dokumentiert wurden. Diese technokratische Sichtweise mit der Festlegung eines Datums, an dem bestehende „Altschäden“ von neu eintretenden Schäden getrennt werden sollen, hat mit den

realen Vorgängen außerhalb der Amtsstuben nichts zu tun.

Das größte Problem ist aber die bewilligte Fördermenge. Alleine in den Wackener Brunnenfassungen dürfen drei Millionen der genehmigten fünf Millionen Kubikmeter gefördert werden. Nach den Erfahrungen von Hans Möller können dort aber nur 1,4 bis maximal zwei Millionen Kubikmeter entnommen werden, ohne die Böden, die Landwirtschaft auf diesen Flächen und Gebäude im Ort zu schädigen.

Folgerichtig haben Möller und andere Betroffene Widerspruch gegen den Bewilligungsbescheid eingelegt. Die amtliche Antwort kam am 19. Dezember 2007: Darin wird der Widerspruch als unbegründet zurückgewiesen. Im Bescheid an Hans Möller steht, „eine nachteilige Betroffenheit der Widerspruchsführer ist nicht zutreffend, da über die Nebenbestimmungen eine nachteilige Veränderung des Natursystems ... verhindert wird“<sup>5</sup>. So einfach geht das. Wenn die Behörde Auflagen zur Dokumentation möglicher zukünftiger Schäden macht, dann gibt es von vornherein gar keine Schäden.

Am 21. Januar 2008 hat Hans Möller zusammen mit sechs anderen Betroffenen Klage gegen das LANU und dessen Bewil-

*Konzern-Willkür beenden!*

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

## Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

# Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
www.CBGnetwork.org  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

---

Die Abo-Gebühr soll  monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich abgebucht werden.

**Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.**

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

**Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich  Euro**

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

**www.CBGnetwork.org**

seite achtzehn

http://www.CBGnetwork.org



# +++STICHWORT BAYER DOSSIER+++



## BAYERs Sozialpolitik

*„Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des BAYER-Konzerns“ ist der Titel eines dickleibigen Buches, das Manfred Demmer sich genauer angesehen hat.*

Die Herausgeber von „Stimmt die Chemie“ sind WissenschaftlerInnen des „Institut für soziale Bewegungen“ an der Ruhr-Universität Bochum, mit dessen Direktor Klaus Tenfelde an der Spitze, der auch den einleitenden Beitrag über Mitbestimmung und Unternehmenskultur in der Chemieindustrie verfasst hat. Deutlich wird daraus, dass „Mitbestimmung“ den Industriebossen überhaupt nicht schmeckte, durch den Druck der Arbeiterbewegung

entstand und heute „nicht nur ‚im Gerade‘, sondern ernsthaft gefährdet ist - „jedenfalls in der Wirtschaft, während das Personalvertretungsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen eher hinter vorgehaltener Hand kritisiert, mancherorts aber auch bereits eingeschränkt wird. Recht besehen, war das immer so. Als in den Jahrzehnten des Kaiserreichs und vor allem mit dem Gesetz über den Vaterlän-

dischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 betriebliche Arbeitervertreter, später dann auch Arbeitnehmer-Vertretungen in den Aufsichtsräten großer Unternehmen, gesetzlich verordnet wurden, haben sich die Arbeitgeber stets energisch dagegen gewehrt. Das gilt auch für die zweite Nachkriegszeit, als die Mitbestimmung mit gewissen Varianten in mehreren gewichtigen Schritten ihre heutige Gestalt annahm.“ (S. 26)



Stichwort BAYER Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort BAYER

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf \* Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 \* e-mail: CBGnetwork@aol.com \* www.CBGnetwork.org



# ++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

## BAYER damals

Im Anschluss an diesen ins Thema einstimrenden Aufsatz schreibt der Historiker Paul Erker über „Die BAYER-AG. Entwicklungsphasen eines Chemiekonzerns im Überblick.“ Auf den Seiten 42 bis 45 geht es um „Kooperation, Fusion und relative Autonomie: BAYER in der IG-FARBEN-Ära (1920 bis 1952)“. Dabei ergeben sich dann doch schon einige Fragen. Die durchgängige Darstellung der ökonomischen und wissenschaftlichen Entwicklung bei BAYER erscheint positiv (was durch vielfältige informative Grafiken untermauert wird), wird allerdings nur selten mit Blick auf die damals herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen beleuchtet. So heißt es z. B. angesichts der „BAYER-Kultur“ eines „Primats der Organisation und der Forschung“: „Gleichzeitig jedoch musste BAYER die rüstungs- und kriegswirtschaftliche Ausrichtung der IG FARBEN mitmachen“. Mitmachen? Wer zwang BAYER dazu? Und gab es nicht gerade auch bei BAYER ein großes Interesse, die Früchte zu ernten, die der IG-FARBEN-Vorstand mit den deutschen Faschisten durch den Benzin-Deal gesät worden waren? Immerhin erfährt der/die LeserIn in neun Worten, dass diese Ausrichtung der Konzern-Politik „eine tiefe Verstrickung in die Verbrechen des NS-Regimes“ mit sich brachte. Gerne hätte man ja auch erfahren, worin die Ausrichtung und Verstrickung bestanden hat. Hier gibt es dazu jedenfalls keinen Hinweis – vielleicht an anderer Stelle des Buches?

Ab Seite 57 werden in einem Aufsatz „Carl Duisberg und die Anfänge der Sozialpolitik und Mitbestimmung“ behandelt. Unter der Überschrift: „Taktierender Wirtschaftsführer, fürsorglicher Patriarch oder überzeugter Sozialpolitiker?“ begibt sich der Historiker Jürgen Mittag auf eine Spurensuche. Dabei erfährt man interes-

sante Details über Duisberg, der im und nach dem Ersten Weltkrieg zu „einem Bindeglied zwischen Wirtschaft und Politik“ wurde und der für diese „Anstrengungen ein zusätzliches Jahresgehalt von den Farbenfabriken (erhielt).“ (S. 63)

Es finden sich auch Hinweise auf Duisbergs Position im Ersten Weltkrieg, in dem er sich vehement für eine Steigerung der militärischen Anstrengungen einsetzte. Er trieb „seine“ Arbeiter zur freiwilligen Meldung für den Kriegsdienst. Hier wäre es natürlich interessant gewesen zu erfahren, was Duisberg unternahm, um die Produktion in den Werken aufrechtzuerhalten. Doch dazu gibt es keinen Hinweis, z. B. auf den Einsatz von belgischen Zwangsarbeitern. Er, der in jenen Tagen eine „stark nationalistische Haltung“ an den Tag legte und dem enger Kontakt mit dem reaktionären Militär Erich Ludendorff nachgesagt wurde, forderte immer wieder „den Kampf siegreich durchzuführen“.

## Keine Sozialisierung

Dass dieser Wirtschaftsführer dann nach Kriegsende - als die kriegsmüden Massen nach gesellschaftlichen Veränderungen strebten - erkannt hatte, welche Gefahren dadurch entstehen könnten, zeigt seine Mitarbeit in der „Sozialisierungskommission“, wo er natürlich alles andere als „Sozialisierung“ im Kopf hatte. Später entwickelte er als Chef des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ Pläne, die mithelfen sollten, die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu verbessern. (Anmerkung: viele der sozialen Grausamkeiten heutiger „Sozialpolitiker“ könnten von Carl Duisberg abgeschrieben worden sein). Angesprochen wird auch Duisbergs Verhältnis zu den Nazis, das angeblich von „ausgesprochener Kritik“ geprägt gewesen sei. Nach Meinung des Verfassers hat er sich zu Beginn der 20er Jahre

zu einem „Vernunftrepublikaner“ gewandelt. Als Beweis wird die Unterstützung Duisbergs für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl 1932 erwähnt. Dabei sei auch ein namhafter Geldbetrag der IG FARBEN gespendet worden. Dass damals vom „System Duisberg“ Finanzmittel an alle Parteien (außer der KPD) gingen, wird nicht thematisiert. Allerdings liest man dann: „Später zeigte er sich jedoch Plänen der Nationalsozialisten gegenüber aufgeschlossener. Noch im Juni 1933 betätigte er sich als Spendensammler Hitlers.“ (S. 65)

Es folgen die betrieblichen „Wohlfahrtseinrichtungen“, die Duisbergs Ruf als sozialer Patron begründeten. In gewissem Maße trifft das Urteil von Ralf Stremmel (1) zu, der dazu feststellt: „Mittags Forschungsergebnis widerspricht immer noch kursierenden Pauschalurteilen über betriebliche Sozialpolitik. Ein wenig verwundert freilich, dass ein weiterer Motivstrang betrieblicher Sozialpolitik im Kaiserreich kaum erwähnt wird: Hatte BAYERS Sozialpolitik nicht auch überbetriebliche gesellschaftspolitische Ziele und Funktionen? Konkret: Ging es nicht auch darum, die Sozialdemokratie einzudämmen?“

Hinzufügen könnte man, dass viele dieser „Wohlfahrtseinrichtungen“ von Duisbergs Nachfolgern auf dem Altar der ungehemmten Profitjagd geopfert wurden – trotz der Proteste vieler BürgerInnen, die an die heutigen Konzernherrscher appellieren, das „soziale Werk (!)“ Duisbergs nicht zu schänden. Auch das zeigt, dass das Wissen um die Sozialpolitik von Duisberg & Co. viele Lücken hat, die Veröffentlichungen wie diese wenigstens ein bisschen hätten schließen können.



# +++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

## Historisch unkorrekt

Im Kapitel „Anfänge der Mitbestimmung: Gewerkschaften, betriebliche Sozialpolitik und Arbeitskonflikte in Leverkusen bis 1933/39“ behandelt Werner Plumpe (siehe auch *SWB* 1/08) die Auseinandersetzungen, welche die Arbeiterbewegung zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen führen musste. Im Hinblick auf die 1919 konstituierte Weimarer Republik, die viele Forderungen der Novemberrevolution aufsaugen musste, um revolutionäre Ansätze abzufangen, kommt Plumpe zu der Feststellung, dass es mit dem Betriebsrätegesetz von 1920 „zur Verankerung von Mitbestimmungsrechten in Betrieben (kam), deren Leitungen diese Mitbestimmung gerade nicht wünschten. Die Ablehnung der neuen Regeln durch die Unternehmer war flächendeckend, da man sich (sic!) von einem weit gefassten Mitspracherecht der Belegschaften bestenfalls Zeitverzögerungen und höhere Kosten erwartete, schlimmstenfalls aber eine Fernsteuerung der Betriebe durch betriebsfremde Gewerkschaften und revolutionäre Gruppen befürchtete.“

Die legalen und legitimen Handlungsmöglichkeiten der Belegschaften, schränkte das Gesetz, gemessen an den revolutionären Usancen der Jahre 1918 und 1919 drastisch ein, meinte Plumpe. In den Unterkapiteln – wo auf die Geschehnisse in Leverkusen eingegangen wird – finden sich mancherlei Hinweise, wie der „Generaldirektor“ im Interesse des Kapitals versuchte, die Entwicklung zu beeinflussen und damit letztendlich auch erfolgreich war. Bezüglich der Bewertungen einzelner Vorkommnisse wäre es hilfreich gewesen, wenn der Autor sich auch jener Quelle bedient hätte, die seit fast 30 Jahren im Leverkusener Stadtarchiv einzusehen ist. Rainer Balluff (Schulze) - langjähriger Vorsitzender der Kulturvereinigung Leverkusener e. V. - hatte damals eine Diplomarbeit unter dem Titel „Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Leverkusen in der Weimarer Republik“ vorgelegt, die eine unverzichtbare Quelle für jeden ist, der sich mit der Arbeiterbewegung bei BAYER und in Leverkusen befasst. Eine für 2005 von der Kulturvereinigung Leverkusen e. V. vorgesehene Veröffentlichung scheiterte bisher aus mancherlei Gründen – jedoch ist sie weiterhin vorgesehen.

## Zwangsarbeit

Valentina Maria Stefanski berichtet über den Einsatz von (polnischen) ZwangsarbeiterInnen bei BAYER. Im Großen und Ganzen gibt sie eine korrekte Beschreibung der Verhältnisse (wie schon in ihrem 2000 erschienenen Buch „Zwangsarbeit in Leverkusen – Polnische Jugendliche im IG- Farbenwerk“), unter denen die ArbeitssklavInnen als Ersatz für die im Krieg befindlichen deutschen Arbeiter den Profit der Farbenwerke erwirtschaften mussten. Dass dies auch heute noch als vollkommen legitim angesehen wird, wurde bei einer Veranstaltung zur ZwangsarbeiterInnen-Entscheidung in Leverkusen deutlich, wo ein Diskutant genau diese Sichtweise vehement verteidigte, um damit die Verpflichtung für eine Entschädigung durch den Konzern in Abrede zu stellen. Die beiden BAYER-Archivare Hans Hermann Pogarell und Michael Pohlenz behandeln in ihrem Beitrag die „Betriebliche Sozialpolitik in der Nachkriegszeit: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum hundertjährigen Firmenjubiläum 1963“. Ihren durchaus faktenreichen Streifzug durch die betrieblichen Sozialpolitik (von vielen als „Sozialklimbim“ bezeichnet, der von heutigen Konzerngewaltigen nach und nach abgeschafft wird) von der Improvisation und Mangelverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum systemati-

schen Wiederaufbau der „Wohlfahrtseinrichtungen“ wird man trotzdem als wenig kritische Darstellung bewerten dürfen. Nebenbei wird hier auch eine fragwürdige Geschichtsdeutung sichtbar.

## Wer kolportiert hier?

Die Sozialpolitik des Konzerns hatte nach Kriegsende besonders mit den Folgen des von den Nazis und dem sie fördernden Industrie- und Bankkapital entfesselten Zweiten Weltkriegs zu tun. Um auf ihre Weise deutlich zu machen, wie die Situation war, haben die AutorInnen über die Luftangriffe berichtet. Da heißt es z. B.: „Die Trefferquote der Angriffe war häufig nicht sehr hoch... Allerdings trafen (am 26. Oktober 1944) nur 10 % der 576 Tonnen Bomben die Industrieanlage. Dafür wurden in der Stadt Leverkusen über 2.000 Häuser beschädigt, etwa 130 Menschen getötet und 750 verletzt... Offensichtlich wurde die Betriebsgemeinschaft Niederrhein jedoch nicht absichtlich geschont, wie vielfach geglaubt und bis heute gelegentlich kolportiert wird.“ Kolportiert? Haben denn die BAYER-Archivare nichts von den seit 1929 bestehenden Geschäftsbeziehungen (und Kartellabsprachen) mit der „Standard Oil of New Jersey“ gehört, die auch während des Zweiten Weltkriegs aufrechterhalten wurden? Und glauben die HistorikerInnen des Konzerns, der auch heute noch Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt, dass die damaligen Verantwortlichen tatenlos blieben, wenn Gefahr bestand, dass Bomber kurz vor Kriegsende ihre Werke in Schutt und Asche legen und somit ihre Geschäftsgrundlage zumindest schwer beschädigen könnten? Ihre Erklärung im Buch: „Allerdings spielte neben der mangelhaften Zielgenauigkeit alliierter Bomberpiloten auch die vergleichsweise geringe Intensität der An-



Stichwort BAYER Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort BAYER

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf \* Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 \* e-mail: CBGnetwork@aol.com \* www.CBGnetwork.org



# ++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

griffsbemühungen aufgrund des geringen technischen Werts der Produkte für die Kriegsproduktion eine entscheidende Rolle.“ (S. 115)

Als vor Jahren Herr Pohlenz bei einer Tagung zum Kriegsende in Leverkusen die gleiche Äußerung zum Besten gab, traf er auf Widerspruch anwesender HistorikerInnen – u. a. auch vom Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Trotzdem kolportiert er seine Auffassung weiter.

## „BAYER-Familie“?

Die Jahre vor und nach der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes (1952) untersucht Kirsten Petrak. Sie nennt als Grund für die „gute“ Umsetzung der Mitbestimmung bei BAYER, u. a. das Vertrauensverhältnis zwischen dem Betriebsratsvorsitzenden Walter Hochapfel und dem Vorstandsvorsitzenden Ulrich Haberland. Allerdings fällt beim Lesen des Beitrags auf, dass es mancherlei Konflikte zu bewältigen gab, die - trotz der „guten Chemie“ zwischen den beiden - durch die Werksleitung ausgelöst wurden.

Der Darstellung von Ruth Rosenberger, seit den 1990er Jahren seien die Handlungsspielräume der einzelnen Beschäftigten gewachsen und deren direkte Beziehungen zur Geschäftsleitung für die Ausgestaltung von Mitbestimmung bedeutsamer geworden, wird man angesichts aktueller Geschehnisse im Chemiepark (wie ja jetzt die in viele Einzelbetriebe aufgelöste „BAYER-Familie“ heißt, von deren ehemaligen Mitgliedern viele diesen „Park“ nur noch von außen ansehen dürfen) ebenfalls kräftig hinterfragen müssen.

Am Schluß dieses wissenschaftlichen Teils des Buches untersucht Walther Müller-Jentsch aus soziologischer Sicht jene Entwicklungen, die sich nach dem großen Arbeitskampf von 1971 im Arbeitgeber-

verband der Chemieindustrie ergaben und die die Politik des Verbandes formten.

Neben den erwähnten WissenschaftlerInnen befassen sich in dem Buch auch „PraktikerInnen“ mit der Thematik. Der ehemalige IG-Chemie-Gewerkschaftler Karl Otto Czikowski (zugleich Mitherausgeber des Bandes) geht ausführlich und informativ den Wahlperioden, Wahlscheidungen bei den BAYER-Betriebsratswahlen und ihren handelnden Personen nach. Dabei erfährt man längst Vergessenes, so wie jene Aktion der „staatstragenden Parteien“ SPD, CDU und FDP bei der Betriebsratswahl 1981. (S. 207) Dort wurde mit einem Wahlauftritt dieser Parteien Politik in den Betrieb gebracht und Einfluss auf die Wahl genommen. Und lesenswert ist auch der Wahlauftritt der SPD von 1984, in dem die „Forderung nach aktiver Beschäftigungspolitik, nach Arbeitszeitverkürzungen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und nach einer Sicherung und Ausweitung der Mitbestimmung“ bekräftigt wird. Weiter heißt es da: „Wachsender Rationalisierungsdruck und die Auswirkungen neuer Technologien auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen machen die Arbeit der Betriebsräte wichtiger denn je.“ (S. 209)

## Betriebsratsopposition

Im Anschluss an diesen Beitrag und fast als Co-Beitrag zu werten, untersucht Stefan Moitra vom „Institut für soziale Bewegungen“ an der Ruhr-Universität in Bochum „Oppositionelle Betriebsratsarbeit bei BAYER: Zwischen parteipolitischer, persönlicher und struktureller Konfrontation.“ In seiner Einleitung macht der Autor deutlich, dass dieses Thema in der „historischen Forschung“ kaum beachtet wurde. Beginnend mit dem Wiederaufbau des Betriebsrates nach Kriegsende 1945 untersucht Moitra auf fast dreißig Seiten

die verschiedenen oppositionellen Betriebsratsgruppen, sowie die teilweise tief reichenden Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung. Dabei wird neben Hinweisen auf die Arbeit heutiger Betriebsratsgruppen wie die „Durchschaubaren“, die „Basisbetriebsräte“ oder die „Belegschaftsliste“ auch an die Herausdrängung der Kommunisten aus dem BAYER-Betriebsrat erinnert: „Als prominenter und langjährigster kommunistischer Arbeitervertreter lässt sich in dem Zusammenhang der Betriebsrat Georg Holdenried beispielhaft betrachten. 1905 geboren und bereits seit 1920 Gewerkschafts-, seit 1928 KPD-Mitglied, saß er unter den Nationalsozialisten mehr als sechs Jahre wegen ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ in Haft. Seit 1945 war er Stadtverordneter in Leverkusen, seit 1949 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages. Schon bei der Konstituierung eines ersten provisorischen Betriebsrates in den ersten Tagen nach Kriegsende gehörte er zum gewerkschaftlichen Kreis um Hochapfel. Bei Betriebsratswahlen erhielt er bei den ArbeiterInnen bis in die 1950er Jahre hinein die größte Stimmenzahl hinter Walter Holzapfel, genoss also innerhalb des Betriebes trotz der von ihm vertretenen politischen Richtung einiges Ansehen. In den Protokollen tritt er wenig konfrontativ auf, wenn er auch zum Teil grundsätzliche KPD-Positionen zu vertreten suchte, etwa die Forderung nach verstärktem Osthandel bzw. nach ‚Aufhebung der Exportbeschränkungen nach den Ostländern.‘“ (S. 223)

## „Staatsgefährdung“

Die heutigen LeserInnen wundern sich dann bei der weiteren Schilderung, dass und wie in konzertierter Aktion von Betriebsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft dieser verdienstvolle Arbeiterfunk-



# +++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

tionär – der auch dem Vorstand der Kulturvereinigung Leverkusen e. V. angehörte – „abgesägt“ wurde. In den damaligen Zeiten des Kalten Krieges wurde mit allen Methoden gegen missliebige BürgerInnen, die sich der Politik der Adenauer-Regierung widersetzen, vorgegangen.

Und das waren beileibe nicht nur KommunistInnen. Da wurden zum Beispiel vom „Antikommunistischen Volksbund für Frieden und Freiheit, Betriebsgruppe der Farbenfabriken, BAYER-Werk Leverkusen“ Flugblätter verteilt, die zur „Wachsamkeit“ und zur „richtigen Wahl“ aufriefen. (S. 222) Etwa fünfzig Jahre vorher war bei BAYER der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ aktiv geworden, wozu der Generaldirektor auch kräftig Geldmittel an den Verband beisteuerte.

Angesichts dieser Praxis des Konzerns wird man in der Annahme nicht fehlgehen, dass auch diese Hetzorganisation Geld vom Konzern bekam. In dem vergifteten Klima wurde gegen Georg Holdenried der Vorwurf der „Staatsgefährdung“ erhoben. Sein „Verbrechen“: Er hatte GewerkschaftskollegInnen aus der DDR eingeladen. Dabei – und das war der Hauptvorwurf – habe er Adressen von BAYER-Betriebsratsmitgliedern weitergegeben. Dass die Adressen allgemein bekannt waren und dass der Konzern die Adressen an den Arbeitgeberverband weiterreichte – was spielte das für eine Rolle. Holdenried stand unter Anklage der „Staatsgefährdung“.

Wie dünn die Anklage war, erwies sich beim Prozess gegen ihn. In einem Bericht des *Kölnischer Stadt-Anzeigers* vom 14.9.1954 heißt es: „Der Staatsanwalt wie auch der Verteidiger beantragten Freispruch. Das Gericht erkannte im selben Sinne. In der Urteilsbegründung wurde betont, dass ein Verstoß gegen § 92

(Staatsgefährdung und Nachrichtensammlung) nicht festgestellt werden konnte“. (S. 224)

## „Ein Willkürakt“

In einem „Offenen Brief an die BAYER-Belegschaft“, den Georg Holdenried schrieb, las man zum Freispruch, dass damit der Öffentlichkeit bestätigt wurde, „was viele meiner Kollegen bereits wussten. Meine fristlose Entlassung war ein unerhörter Willkürakt. Ein wohl vorbereiteter Schlag nicht nur gegen meine Person, Euer gewähltes Betriebsratsmitglied, sondern gegen den gesamten Betriebsrat, gegen die Gewerkschaft Chemie, gegen die in der Verfassung verbürgte Meinungsfreiheit, gegen die gesamte BAYER-Belegschaft. Die Direktion will ein abschreckendes Beispiel schaffen. Wird dieser Schlag von der Belegschaft ohne ernsthaften Widerstand hingenommen, so wird die Direktion ermuntert, genau wie im Dritten Reich, bald alle Betriebsabteilungen und Büros von allen „Kritikern“ zu säubern. Der Gesinnungsterror, der Herr-im-Hause-Standpunkt soll alleine bestimmend werden... Kolleginnen und Kollegen! Es gibt nur soviel Demokratie im Lande, wie es Demokratie im Betrieb gibt! Die Unternehmer scheffeln Riesengewinne. Unsere Lohn- und Gehaltserhöhungen sind längst zwingend notwendig. Die Konzernherren wehren sich verzweifelt, einer Erhöhung zuzustimmen. Die Arbeitsleistung des Einzelnen ist enorm gesteigert worden. Von Mitbestimmungsrecht im Betrieb keine Spur. In ganz Westdeutschland werden große Lohnkämpfe durchgeführt und zeigen den wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft. Auch der Widerstand gegen Adenauers EVG-Wiederaufrüstungspolitik zeigt sich im Volk immer deutlicher. Das Volk will Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands. In

dieser Situation holt das Unternehmertum zum Schläge aus und möchte die mutigen Vertreter einer gerechten Sache mundtot machen.“ (S. 225)

## Kriegsverbrecherkarriere

Um das Bild der damaligen Zeit abzurunden, und weil dies leider in dem Buch fehlt, sei erwähnt, dass zur gleichen Zeit, in der die Repressalien gegen Holdenried (der auch nie rehabilitiert wurde) stattfanden, ein verurteilter Kriegsverbrecher im Aufsichtsrat von BAYER saß. Fritz ter Meer war seit Beginn der IG FARBEN Mitglied des Vorstands dieses Konzerns. Während des Zweiten Weltkriegs war er verantwortlich für den Aufbau des IG-FARBEN-Werks bei Auschwitz, in dem ca. 25.000 ZwangsarbeiterInnen den Tod fanden. Im IG-FARBEN-Prozess wurde er am 30. Juli 1948 wegen Plünderung und Versklavung im Zusammenhang mit dem KZ Auschwitz III Monowitz zu sieben Jahren Haft verurteilt. Als er im Prozess befragt wurde, ob er die Versuche an Menschen im KZ Auschwitz für gerechtfertigt gehalten habe, antwortete er, diesen KZ-Häftlingen sei dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnehin getötet hätte.

Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Jahr 1951 wurde er Mitglied im Aufsichtsrat bzw. Aufsichtsratsvorsitzender der Firma BAYER AG. Diese ehrt den ehemaligen Kriegsverbrecher nicht nur durch die Fritz-ter-Meer-Stiftung – heute BAYER-Studienstiftung –, die ChemiestudentInnen durch Stipendien fördert, sondern tat es bis vor kurzem noch an jedem Todestag durch eine pompöse Kranzniederlegung an seinem Grab in Krefeld-Uerdingen. Das Beispiel zeigt, dass der BAYER-Konzern seine Geschichte in der Nazi-Zeit durch weitere wissenschaftliche Untersuchungen aufarbeiten und jegliches Be-



Stichwort BAYER Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort BAYER

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf \* Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 \* e-mail: CBGnetwork@aol.com \* www.CBGnetwork.org



# STICHWORT BAYER DOSSIER

schönigen und Verschweigen beenden muss.

Immerhin wird man dem Autor des gerade besprochenen Kapitels attestieren dürfen, dass er sich bemühte, die jahrzehntelange oppositionelle Betriebsratsarbeit bei BAYER im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu schildern und auch aktuelle Bezüge herzustellen. „Am Beispiel der KPD-Betriebsräte“, so stellt er abschließend fest, „lassen sich die Hoffnungen der Arbeiterbewegung nach Kriegsende nachvollziehen, die alten Richtungskämpfe zu überwinden und gemeinsame Ziele durchsetzen zu können, was jedoch angesichts des Kalten Krieges zum Scheitern verurteilt war (...) Die Auseinandersetzungen zwischen den an der Belegschaftsbasis orientierten Gewerkschaftern der 1970er Jahre und den Mehrheitsbetriebsräten bzw. der IG-CKP-Verwaltungsstelle (CKP = Chemie, Kohle, Pharmazie, Anm. *SWB*) in Leverkusen waren Bestandteil des Kampfes um einen Richtungswechsel innerhalb der Chemiegewerkschaft, in dem sich ‚linke‘ Traditionalisten und stärker pragmatisch gestimmte Gewerkschafter gegenüberstanden. Nicht nur in Leverkusen blieben die Vertreter einer traditionellen, konfrontativen Ausrichtung in der Opposition. Mit den „Durchschaubaren“ etablierte sich jedoch bei BAYER eine Gruppe, die es über einen langen Zeitraum vermocht hat, solchen weiter bestehenden oder auch – angesichts der internationalen Umstrukturierungen des BAYER-Konzerns – sich neu entwickelnden kritischen Auffassungen innerhalb der Belegschaft als Sprachrohr zu dienen.“ (S. 243)

Werner Bischoff, Hauptvorstandsmitglied der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE und dort zuständig für Tarifpolitik, unternimmt in seinem Beitrag den Versuch „Tarifpolitische Probleme in der Chemieindustrie

und ‚bei BAYER‘“ zu schildern, wobei er auch auf die Historie zurückgreift. Aktive, an den Interessen der Belegschaft orientierte GewerkschaftInnen dürften hier zu manchen Punkte kritische Anmerkungen machen.

Die „Mitbestimmungs-„kultur‘ bei BAYER in der Praxis: Betriebliche Aus- und Fortbildung“ untersuchen Jörg Feldmann und Uwe Menzen. Wörtliches Fazit der beiden Betriebsräte: „Wenn auch beide Seiten grundsätzlich unterschiedliche Interessen vertreten, zeigt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung doch, dass sowohl der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bemüht sind, die Qualifizierungsmöglichkeiten der Mitarbeiter zu fördern. Hier haben sich Formen der Zusammenarbeit herausgebildet, deren Beibehaltung auch in Zukunft eine praktikable Lösung kommender Probleme möglich machen wird.“ (S. 318)

## Gleichstellungspolitik

Die Betriebsrätin Roswitha Süßelbeck behandelt in ihrem informativen Beitrag die „Frauenerwerbsarbeit und Gleichstellungspolitik bei BAYER im Überblick“. Direkt zu Beginn konfrontiert sie die LeserInnen mit der Haltung Carl Duisbergs, der 1898 schrieb: „Meiner persönlichen Ansicht nach hasse ich überhaupt alles chemisch-weibliche und wünsche, dass die Damen alles andere, nur nicht Chemie studieren, da sie hierzu schlecht geeignet sind.“

In der weiteren Darstellung finden sich Hinweise auf die schlechten Arbeitsbedingungen und langen Arbeitszeiten bei BAYER. Dabei wird auch ein sechswöchiger Streik im Jahr 1904 bei BAYER erwähnt, der „im Sande verlief.“ Die Direktion verlangte von allen ArbeiterInnen die Zusicherung ihrer Nichtzugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation. Die, die sich

weigerten, der Erpressung nachzugeben, flogen. Aber, so stellt die Autorin fest, „Schritt für Schritt wurden soziale Einrichtungen geschaffen, die auch den Familien der Arbeiter zugute kamen.“ Man wird, wie schon oben angedeutet, in diesem Zusammenhang das angebliche soziale Verhalten von Duisberg hinterfragen müssen. Das wird untermauert durch die Darstellung des nach dem Streik entstandenen „Frauenvereins“, der seine Hauptaufgabe in der Unterstützung von Werksangehörigen sah, wobei die Entscheidungshoheit über „Bedürftigkeit“, wie Süßelbeck feststellt, „letztendlich beim Vorstand der Farbenfabriken“ lag. Auch das 1906 eröffnete Mädchenheim galt als soziale Tat, unterwarf aber dessen Bewohnerinnen Verhaltensregeln, die bei Zuwiderhandlung strenge Maßnahmen nach sich zogen.

In diesem Aufsatz wird auch detailliert die Entwicklung der Frauenarbeit bei BAYER (besonders in der Zeit des Ersten Weltkrieges) geschildert: „Von 1914 bis 1917 stieg der Anteil der Frauen von rd. 600 auf rd. 2.200, das heißt von 9.4 % auf fast 25 %“ (S. 322). Die Entlohnung war dabei sehr unterschiedlich. Bekam z. B. ein Handwerker im Oktober 1914 0,61 Mark Stundenlohn, so betrug der für Arbeiterinnen 0,31 Mark. Und im Juli 1919 war das Verhältnis noch schlechter: 2,57 Mark zu 1,02 Mark. (S. 322) Die Autorin weist auch darauf hin, dass diese Lohndiskriminierung keineswegs eine Erscheinung des Krieges war, sondern in der Weimarer Republik fortgesetzt wurde - „mindestens bis in die 1950er Jahre“.

## Kommunisten bedroht

Nicht schlecht wäre es in diesem Zusammenhang gewesen, wenn die Autorin auch darauf verwiesen hätte, dass sich 1921 Leverkusener BAYER-Beschäftigte in





# +++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

Arbeitskämpfen für eine Veränderung dieser Lohndifferenz einsetzten, wie auch für den Erhalt des im Gefolge der Novemberrevolution erkämpften Achtstundentages. Die Antwort der Direktion: Aussperrung von 8.300 ArbeiterInnen. Auch zwei Jahre später, im August 1923, standen die BAYER-KollegInnen wieder in einem Arbeitskampf, in dem sie angesichts der Inflation eine „Wirtschaftsbeihilfe“ forderten. Antwort der BAYER-Bosse: Polizeieinsätze gegen Streikende. In einem Artikel der Bergischen Arbeiterstimme vom 31.1.1933 hieß es dazu: „Den vereinten Bemühungen der Staatsmacht, der Bürokratie des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Anm. SWB) und der Führer der christlichen Gewerkschaft gelang es am vierten Tag, die Streikfront zu sprengen.“ Als sich angesichts solcher Erfahrungen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu Recht wehrten, ließ die Unternehmerseite die „Unruhestifter“ aus dem Betrieb entfernen. Dass dabei kommunistische KollegInnen als erste dran waren, erlebte die spätere langjährige Vorsitzende der Kulturvereinigung Leverkusen e. V., Cilly Müller. Sie wurde - nach sieben Jahren Betriebszugehörigkeit - wegen ihres Engagements entlassen. Zur Begründung wurde angegeben, sie sei für die Arbeit „ungeeignet“. Daraufhin sagte sie ihrem Meister: „Dann tut es mir aber Leid, dass der Betrieb solange brauchte, um dies festzustellen!“

Doch auch Kollegin Süßelbeck liefert viele Beispiele dafür, wie mühsam sich der Prozess der Emanzipation von Männern und Frauen im Betrieb vollzog. „Langsam bewegte sich der Betriebsrat...“, schreibt sie. Und abschließend: „Mit vielen kleinen Schritten haben wir in den letzten Jahren schon viel erreicht. Aber wir sind auch ungeduldig. Wir wollen mit großen Schritten zum Ziel. Das gelingt nur,

wenn die Unternehmensleitung, aber auch unsere Betriebsratskollegen, Gleichstellungspolitik ernst nehmen. Auch in schwierigen Zeiten muss Gleichstellungspolitik eine hohe Priorität haben“. (S. 334) Oliver Zühlke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, der von 1988 bis 1994 Jugend- und Auszubildendervertreter war, liefert anschließend eine „Momentaufnahme betrieblicher und gewerkschaftlicher Jugendarbeit in den 1980er und 90er Jahren“. In einem zweiten Betrag befasst sich der Mitherausgeber des Bandes, Karl-Otto-Czikowski (Gewerkschaftsmitglied seit 1980, seit 1983 bei BAYER im Zentralbereich Personalwesen „administrativ zuständig für die Betriebsräte im Unternehmen“) mit „Angestellten und Angestelltenvertretungen“. Dabei wird die Diskrepanz zwischen der Zahl der beschäftigten Angestellten und den in der Gewerkschaft organisierten Kollegen deutlich. Nur knapp 21 Prozent waren im Jahre 2000 in der IG BCE organisiert. In der Tat: „Zeit also für eine neue Offensive!“ - Diese wird - so darf man mutmaßen - aber nur dann (und nicht nur für die Angestellten) erfolgreich sein, wenn sie den Interessen der KollegInnen gerecht wird und wenn die Offensive dazu dient, wieder mehr die Basis in die Entscheidungen über ihre Interessen einzubeziehen.

### Kein nazifreier Raum

Im Beitrag der beiden Betriebsräte Dimitrios Labrianidis und Alessandro Sandri über die „Interessenvertretung der ausländischen Arbeitnehmer in der BAYER AG“ wird der mühevollen Weg sichtbar, zu einer Interessenvertretung, der schon im Jahr 1972 rund 10 % der Gesamtbelegschaft ausmachenden BAYER-Werkstätigen mit Migrationshintergrund zu kommen. Die mangelnde Präsenz dieses Beleg-

schaftsteils im Betriebsrat habe, neben den Problemen einer damals unerfahrenen ersten Generation mit der Listenwahl, ihre Gründe auch „in der mangelnden Bereitschaft und Weitsichtigkeit der damaligen führenden und verantwortlichen Funktionäre“ gehabt. (S. 367) Bei der Betriebsratwahl im Mai 1972 wurde dann zwar der damals schon bekannte gewerkschaftliche Vertrauensmann Labrianidis in den Betriebsrat gewählt – „prozentual wären allerdings aufgrund der Anzahl der ausländischen Mitarbeiter bei der BAYER AG in Leverkusen fünf BR-Mandate möglich gewesen“. (S. 367)

In der Darstellung von „Formen der Betreuung von ausländischen Kolleginnen und Kollegen durch den Betriebsrat“ wird die Vielfältigkeit dieser Arbeit sichtbar. Hier fehlen leider einige Ausführungen dazu, ob und in welcher Weise seitens der BetriebsrätInnen versucht wurde, der immer stärker werdenden Hetze gegen ausländische ArbeiterInnen zu begegnen - zumal ja BAYER kein „nazifreier Raum“ war und ist. Leverkusener Antifaschisten haben sich jedenfalls mit dieser Thematik befasst. Und auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) wies schon 2002 darauf hin, dass in den letzten Jahren mehrfach Mitarbeiter des BAYER-Werks Leverkusen offen für rechtsextreme Ziele warben.

Da war z. B. Hans-Dieter Stermann, Sprecher der rechten „L Leverkusener Offensive“ oder Dr. Hans-Ulrich Höfs, Abteilungsleiter bei BAYER in Leverkusen und Sprecher des Krefelder „Forum Freies Deutschland“, das regelmäßig in den Berichten des Verfassungsschutzes NRW auftaucht. Höfs gründete in Krefeld die Republikaner und gehörte zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „Ja zu Deutschland - Ja zur NPD“. Zudem warb ein Mitarbeiter von BAYER CROPSCIENCE offen (sogar von



Stichwort BAYER Dossier ist ein Beihefter des Magazins Stichwort BAYER

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. (Hg.), V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf \* Postfach: 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon: (0211) 333 911, Fax: (0211) 333 940 \* e-mail: CBGnetwork@aol.com \* www.CBGnetwork.org



# ++STICHWORT BAYER DOSSIER+++

seinem Arbeitsplatz aus) für die rechtsextreme Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo).

## „Durchschaubare“ fehlen

Gegen solche und andere Entwicklungen luden am 5. Juni 2002 die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ zu einer Veranstaltung „Aktiv gegen rechts“ ins Gemeindehaus Carl Bosch-Straße ein, wo u. a. die Frage diskutiert werden sollte: „Was können wir gegen Rassismus und Neofaschismus unternehmen?“ Da der ursprünglich zugesagte Saal dann aber doch nicht benutzt werden konnte (wer mag wohl ein Interesse daran gehabt haben?), wurde die Veranstaltung bei der Kulturvereinigung Leverkusen e. V. durchgeführt, wo dann auch Neonazis auftauchten. Angesichts aktueller Entwicklungen wie der verstärkten Aktivitäten von „Pro NRW“ wäre es schon wichtig gewesen, dass in dem Band über solche Probleme informiert worden wäre und dass die „Durchschaubaren“ darin auch einen angemessenen Platz gefunden hätten.

Weitere Beiträge von Rolf Nietzard/Paul Laux, beide langjährige Betriebsräte bzw. Vorsitzende, behandeln die „Betriebliche Kulturarbeit der Betriebsräte bei BAYER“. Das „BAYER-Europa-Forum“ (1994 in seiner heutigen Form entstanden) wird „Von den Anfängen hin zu einem funktionierenden europäischen sozialen Dialog im BAYER-Konzern“ durch die leitenden Betriebsräte Hans Joachim Müller und Thomas de Win dargestellt. Dabei werden auch Fragen an das bei der Gründung des Europa-Forums federführende Vorstandsmitglied der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Hubertus Schmoldt gestellt. Seine Aussage: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinteressen auch auf europäischer Ebene wirkungsvoll vertreten werden“ (S. 387) wird man

angesichts der Erfahrungen, welche die „ArbeitnehmerInnen“ in Leverkusen z. B. schon mit dem „sozialen Dialog“ vor Ort machen mussten, mehr als hinterfragen dürfen.

Zur dieser Thematik passt auch der Beitrag des führenden europäischen Chemiegewerkschafters Reinhard Reibsch, der den Europäischen Betriebsrat unter der Fragestellung „Papiertiger oder Export-schlager der Mitbestimmung?“ behandelt. Die Darstellung wirft viele Fragen auf, die von Kolleginnen und Kollegen, die gegen die ungehemmte Macht der Chemiekonzerne und den sich daraus ergebenden Gefahren kämpfen, untersucht werden müssten.

Thomas de Win lobt in einem weiteren Beitrag „Von BAYER zu LANXESS“ die Mitbestimmung als wesentlichen Baustein der Umstrukturierung des BAYER-Konzerns. Der Leiter des Bereichs „Human Resources Strategie und Politik“ im Corporate Center der BAYER AG, Wolfgang Schenk, untersucht die Rolle der SprechereInnen-Ausschüsse der leitenden AngestelltenInnen im BAYER-Konzern von 1971 bis 2007. Auch hier werden sicher angesichts seiner Feststellung, dass es BAYER vor mehr als 35 Jahren verstanden habe, „die Mitbestimmung seiner Führungskräfte zu einer Erfolgsgeschichte werden zu lassen“ (S. 427) einige Fragezeichen bei informierten LeserInnen auftauchen.

Abgeschlossen wird der Band durch einen Beitrag des Konzernbetriebsratsvorsitzenden (bis 2005) Erhard Gipperich mit dem Titel „Vom Alltag der Mitbestimmung in der Gegenwart: Ausschnitte aus dem Leben eines Betriebsratsvorsitzenden“ und ein Interview mit dem derzeitigen IG-BCE-Vorsitzenden Hubertus Schmoldt und dem Vorstandsvorsitzenden der BAYER AG, Werner Wenning. Hier malen Fragen und Antworten im Großen und Ganzen das Bild einer „Kultur der Sozialpart-

nerschaft“, wie Wenning es formuliert (S. 430). Und der Vergleich von Schmoldts und Wennings Aussagen macht - bei allen erkennbaren Unterschieden - deutlich, dass zwischen den beiden die Chemie stimmt. Ob das allerdings als positiv für die Beschäftigten zu bewerten ist, darf angesichts der meisten Beschlüsse der Entscheidungsträger im Konzern mehr als bezweifelt werden.

Trotz solcher und anderer kritischer Anmerkungen, ist dieses Buch - ausgestattet mit hochinteressanten Grafiken und Bildern - ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des BAYER-Konzerns und gehört deshalb in die Hände von Menschen, die sich mit dieser beschäftigen wollen.

## ANMERKUNG

(1) Ralf Stremmel: Rezension zu: Tenfelde, Klaus; Czikowsky, Karl-Otto; Mittag, Jürgen; Moitra, Stefan; Nietzard, Rolf (Hrsg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des BAYER-Konzerns. Essen 2007. In: *H-Soz-u-Kult*, 02.05.2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-2-086>.

„Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des BAYER-Konzerns“, 2007 im Essener KLARTEXT-Verlag erschienen, 472 Seiten

ligung beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Als die Grundwasserentnahme in Wacken 1974 bewilligt wurde, hatten Betreiber und Bewilligungsbehörden an vieles gedacht. Aber dass es Betroffene geben werde, die sich seitdem gegen Schäden durch den Wasserwerksbetrieb ebenso wehren wie gegen die Verschwendung ihres guten Grundwassers durch Brunsbüttels Industrie – das haben sie wohl nicht erwartet. 30 Jahre geht das jetzt, und ein Ende ist nicht abzusehen.

#### ANMERKUNGEN

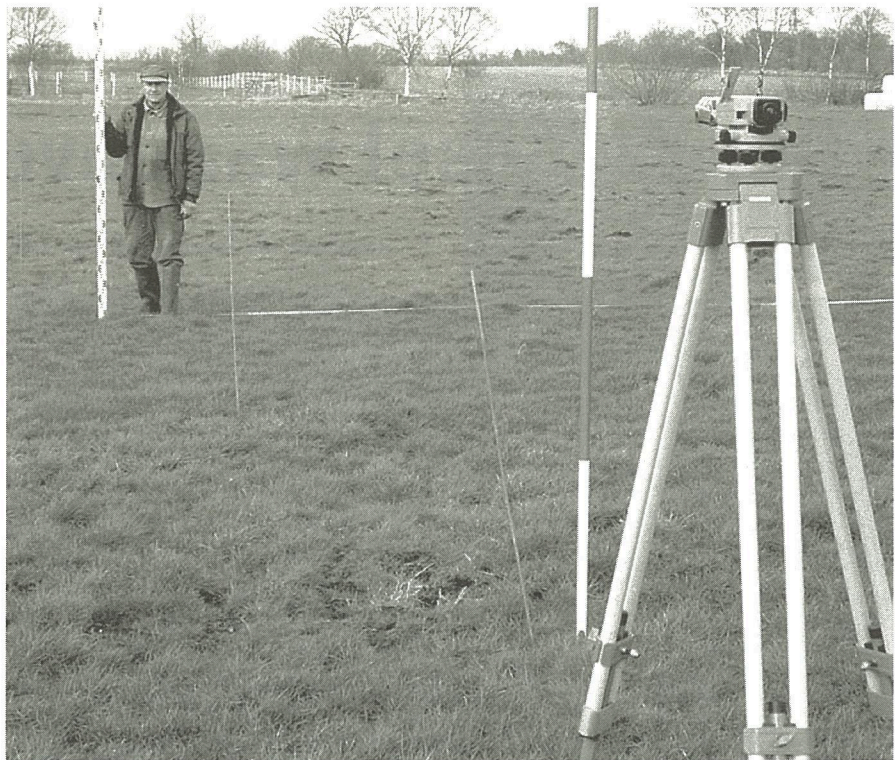
<sup>1</sup>LANU: Bewilligung, Aktenzeichen 45-5201.11/61-107 vom 9. Juli 2007 (Wasserrechtlicher Bewilligungsbescheid auf den Antrag des Zweckverbandes Wasserwerk Wacken vom 15. Dezember 2003).

<sup>2</sup><http://www.brunsbuettel.bayer.de>

<sup>3</sup>LANU: Bewilligungsverfahren Wasserwerk Wacken, Erläuterungen zum Bewilligungsbescheid, 20. Juni 2007.

<sup>4</sup>ebenda

<sup>5</sup>LANU: Bewilligung des Rechts zur Grundwasserentnahme durch das Wasserwerk Wacken, Widerspruch von Herrn Hans Möller vom 13. August 2007, Widerspruchsbescheid vom 19. Dezember 2007.



*Der vorstehende Artikel wurde entnommen aus der Zeitschrift Waterkant, ISSN 1611-1583, Heft 2 / 2008, Seite 24-25, im 24. Jahrgang Zeitschrift für Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion,*

*herausgegeben vom Förderverein Waterkant (in Gründung), ehemaliges Mitteilungsblatt der AKTIONSKONFERENZ NORDSEE e. V. (AKN), Nachdruck mit Erlaubnis des Autors und der Redaktion.*

*Konzern-Wilktür beenden!*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

**Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.**

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.  
Je mehr Menschen informiert werden,  
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008

**30 Jahre CBG**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

**Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich  Zusatzexemplare**

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

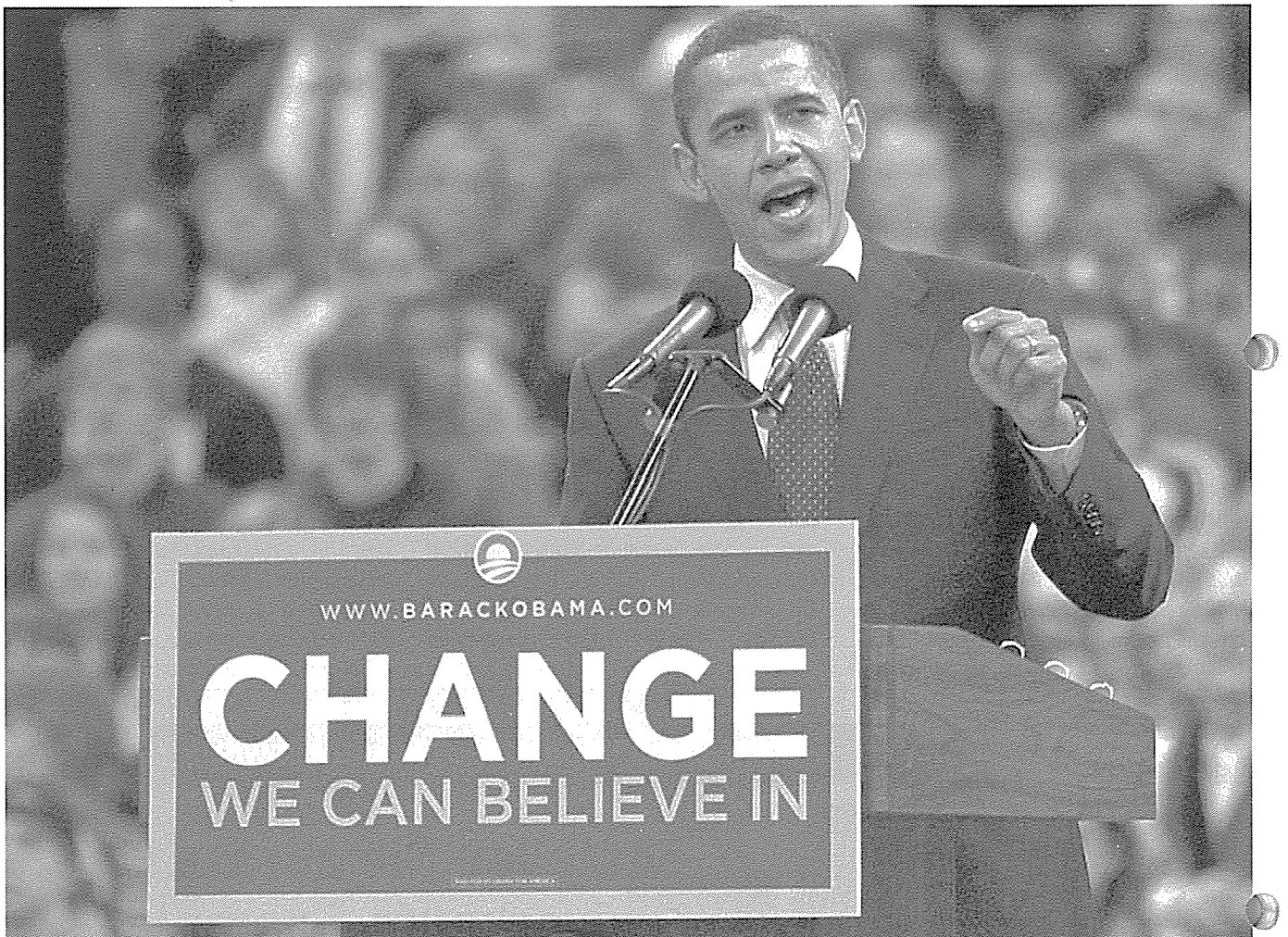
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname	Geburtsjahr	
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Str. u. Hausnr.		Plz, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Geldinstitut	Bankleitzahl	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	

BAYER kann auch mit Obama

# „Der Wechsel war unvermeidlich“



*Unternehmenssteuererhöhungen, Gesundheitsreform, Stärkung der Gewerkschaften - Obamas Programm verhiß für den Leverkusener Multi nichts Gutes. Also hat der Pharma-Riese mit 151.905 Dollar republikanische KandidatInnen unterstützt. Ihre demokratischen KollegInnen erhielten die auch nicht allzu knappe Summe von 114.595 Dollar. Verscherzen wollte es sich der Konzern mit ihnen nämlich nicht - sie könnten ja schließlich gewinnen. Als der Wechsel dann tatsächlich kam, verlautete aus der US-amerikanischen BAYER-Zentrale in wirtschaftstypischem Opportunismus: „Der Wechsel war unvermeidlich“. Nur revolutionär darf er nicht sein, und aus der Mitte muss er kommen. Das scheint er auch zu tun.*

Von Jan Pehrke

320.000 Dollar hat BAYER sich den US-amerikanischen Wahlkampf im letzten Jahr kosten lassen. Allein 266.500 Dollar davon gingen an die Kongress-KandidatInnen. 57 Prozent der Summe erhielten

RepublikanerInnen, 43 Prozent bekamen DemokratInnen. Das war zu Bush' Zeiten noch anders. Da hatte der Leverkusener Multi mit 79 Prozent einen Großteil seines Wahl-Budgets an RepublikanerInnen ver-

teilt - diese Quote erreichte damals kein anderes bundesdeutsches Unternehmen.

Dieses Mal hat der Konzern offensichtlich etwas mehr Wert auf Ausgewogenheit

gelegt. Dieses Bewusstsein um Balance nahm in dem Maße zu, in dem sich der Gewinn von Obama abzeichnete. Und als der Wechsel schließlich kam, begrüßte ihn der Pharma-Riese umgehend. „Der Wechsel war unvermeidlich“, verkündete BAYERs US-Chef Greg Babe in der Zeitung *USA Today*. Auch die Leverkusener Zentrale teilte Babe zufolge diese Ansicht. „Alle von uns hoffen, dass der Wechsel nicht revolutionär ist“, schränkte er jedoch zugleich ein und drängte Obama zu einer Quadratur des Kreises: „Er muss diesen Wechsel bewerkstelligen, indem er von der Mitte her regiert“. Bei Zuwiderhandlungen drohte der Manager an, was Manager überall auf der Welt in so einem Fall eben androhen: Standort-Verlagerungen.

Seine mahnenden Worte bezogen sich vor allem auf Obamas Steuerpolitik. Die Demokraten hatten nämlich vor den Wahlen angekündigt, die von Bush gewährten Steuersenkungen für Großkonzerne zurückzunehmen und Steuerschlupflöcher zu schließen. Zudem sollten die Abgaben auf Kapitalerträge steigen und die Manager

**Statt aus „gesundheitlichen Gründen“ Steuererhöhungen vorzunehmen, hat der Präsident BAYER & Co. im Zuge seines Finanzkrisenmanagements sogar noch Abgaben erlassen**

mehr zahlen. „Ich werde die Steuern für Manager erhöhen, daran besteht kein Zweifel“, hatte Obama im Wahlkampf gesagt.

Aber auch anderes im Programm der Demokraten klang in BAYERs Ohren allzu revolutionär. Die Partei wollte sich wieder an die unter Clinton gescheiterte Gesundheitsreform machen und den 46 Millionen aus dem Gesundheitssystem ausgegrenzten US-AmerikanerInnen zu einer Krankenversicherung verhelfen, was nach einhelliger Meinung der Pillen-Riesen niedrigere Arznei-Preise zur Folge hätte. Zudem kündigten Obama & Co., die bereits vor der Wahl die irreführende Werbung des Leverkusener Multis für eine neue ASPIRIN-Kombination auf die Agenda des Repräsentantenhauses gesetzt hatten (*Ticker* 4/08), an, die für das große Publikum bestimmte Pharmazeutika-Reklame generell einzuschränken.

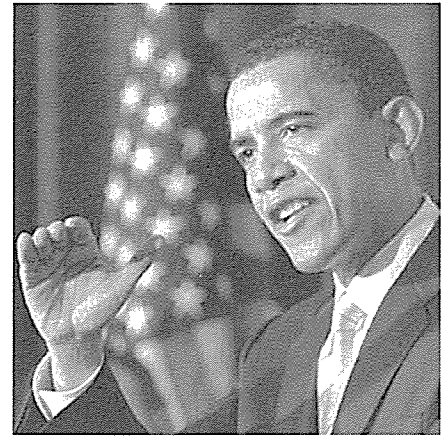
Auch nahm sich die demokratische Partei

vor, das Lobby-Unwesen, das vor allem im Pharma-Bereich endemisch ist, einzuhegen und den Kohlendioxid-Ausstoß per Emissionshandel einzudämmen. Weniger revolutionär klangen dagegen nur ihre Absichten, den WissenschaftlerInnen Ex-

**BAYER: „Obama muss den Wechsel bewerkstelligen, indem er von der Mitte her regiert“**

perimente mit Stammzellen zu ermöglichen und die Forschungsausgaben der Konzerne steuerlich zu begünstigen.

In der BAYER-Rechnung hieß das: 57:43 für die Republikaner. Das Unternehmen befand sich mit diesem Verteilungsschlüssel für seine Wahlkampf-Mittel in der guten Gesellschaft seiner Mitbewerber, die ebenfalls traditionell zu den Konservativen hielten. So floss dann das Geld der Pillen-Riesen lange Zeit vornehmlich in republikanischen Taschen. „Mit dem zunehmendem Machtgewinn der Demokraten in Washington hat sich dies allerdings geändert“, konstatiert die Nachrichtagentur *Reuters*. Die Obamanie zwang die Global Player, einen Plan B auszuarbeiten. Die Branche arbeite hart daran, Brücken zu bauen, ließ sich BAYERs Gesundheitschef Arthur Higgins, auch Präsident des europäischen Pharmaverbandes EFPIA, vernehmen. Sein Kollege Fred Hassan von der US-amerikanischen Pillenhersteller-Organisation IFPMA konnte im November schon Vollzug melden. „Extrem gute Verbindungen auf beiden Seiten“ hätten die

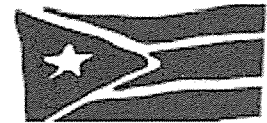


Schließen wir einen kleinen Kompromiss

Firmen inzwischen aufgebaut, so Hassan. Und bereits zwei Wochen nachdem das Kind in den Brunnen gefallen und Obama als Sieger aus der Wahl hervorgegangen war, kam der IFPMA nicht zufällig in Washington zusammen, um für sich ein Mitspracherecht bei der Gesundheitsreform zu reklamieren.

Einige BeobachterInnen hatten schon bezweifelt, ob da überhaupt noch Redebedarf bestehe. Die beiden von BAYER so gefürchteten „revolutionären Großtaten“ der Demokraten, die Gesundheits- und die Steuerreform, waren nämlich als Paketlösung konzipiert, und dieses Doppelpack hat die Finanzkrise wieder aufgeschnürt. Obama hatte ursprünglich geplant, den nicht eben billigen Wechsel in der Gesundheitspolitik mit Steuererhöhungen für die Multis gegenzufinanzieren, was nun nicht mehr zur Debatte steht. „Die See ist rau, und ob das Gesundheitsboot

## Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.



### Cuba Libre -

#### - die Zeitung der Freundschaftsgesellschaft

... erscheint 4 mal jährlich,  
... Einzelpreis € 3,10 zzgl. Versandkosten,  
... Jahresabo 10,50€,  
... berichtet über die cubanische Wirklichkeit  
**Bestellungen**

... per Post: 50670 Köln, Maybachstr. 159

... per Tel.: 159 Tel. 0221/2405120

... per Fax: 0221/6060080

... per mail : [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)

... oder mal schauen : [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)



da durch kommt, ist nach allem, was im Moment so passiert, eine offene Frage“, meint etwa der Politikwissenschaftler und Ökonom Robert Reischauer vom „Urban Institute“.

Zu Wasser gelassen hat es Obama zumindest erst einmal. In seinem Haushaltsentwurf hat er, verteilt auf zehn Jahre, 634 Milliarden Dollar für die Gesundheitsreform bereitgestellt. Zur Refinanzierung will der Präsident unter anderem die Pillen-Preise senken. So planen die Demokraten, den staatlichen Medikamenten-Hilfsprogrammen für Bedürftige, Medicaid und Medicare, Rabatte von 22,1 Prozent (bisher 15,1 Prozent) auf Arzneien einzuräumen. Darüber hinaus hat die neue Regierung vor, den Re-Import von anderswo billigeren Arzneien zu erleichtern und Schein-Innovationen den Weg zu preistreibenden Patenten zu erschweren. BAYER & Co. dürften „not amused“ über diese Vorhaben sein und alle Mittel und Wege in Bewegung setzen, um bei der entscheidenden Abstimmung im Kongress das Schlimmste zu verhindern. „Ich weiß, dass sie sich schon auf einem Kampf vorbereiten“, sagte der Präsident in seiner wöchentlichen Radioansprache im Hin-



Foto: BAYER

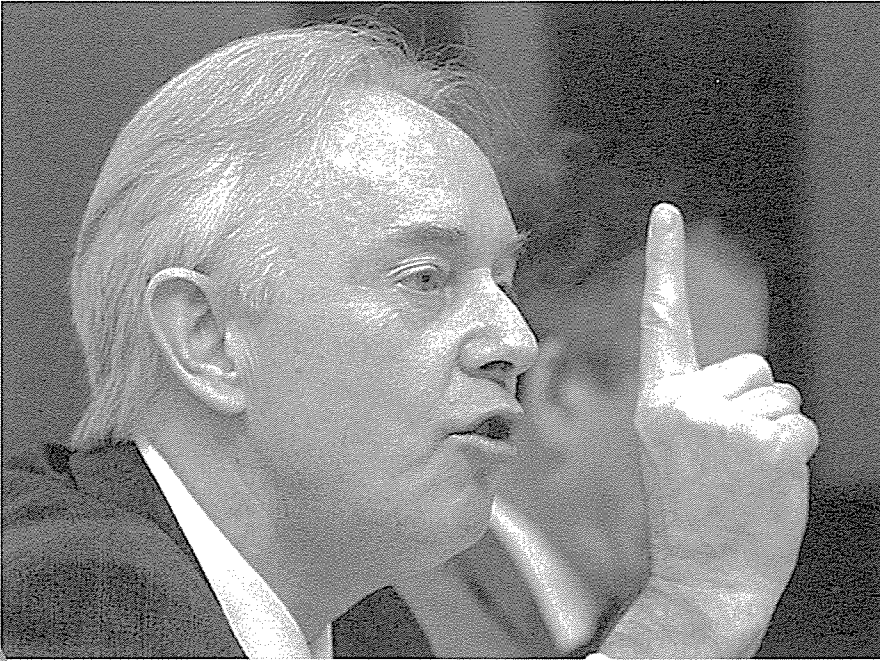
BAYERs US- Standort Baytown

blick auf die LobbyistInnen und fuhr fort: „Meine Botschaft an sie ist: ‚Ich tue das auch‘“. Er dachte dabei auch an das Schicksal der Gesundheitsreform unter Clinton, das Extrem-Lobbyismus besiegelte.

Diesmal hat die Partei Vorkehrungen getroffen und ihrerseits PR-Offensiven gestartet, aber der Erfolg ist auch diesmal

noch nicht ausgemacht, nicht nur wegen der wackeligen Finanzierung. „Es gibt so viele Leute, die ein Interesse daran haben, die Kosten hoch zu halten, damit ihre Unternehmen Geld machen“, sagt etwa der demokratische Senator Jay Rockefeller. Kompromissbereitschaft hat Obama deshalb vorsichtshalber schon einmal signalisiert.

<h1>express</h1>		<p>ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &amp; GEWERKSCHAFTSARBEIT</p> 
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ <b>Abgetreten?</b> Texte zu und aus Theorie &amp; Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung</li> <li>■ <b>Absurd?</b> Perspektiven jenseits betrieblicher &amp; nationaler Standortpolitik</li> <li>■ <b>Alternativlos?</b> Elemente &amp; Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik</li> <li>■ <b>Anachronistisch?</b> Berichte über nationale &amp; internationale Arbeitskämpfe</li> <li>■ <b>Antizyklisch?</b> Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie</li> </ul>	<p>■ <b>express, Nr. 12/08 u.a.</b></p> <p>Ralf Krämer: »Wie Gegenmacht organisiert werden soll«, Forderung nach der Verstärkung des Drucks auf Regierungen</p> <p>Thomas Böhm: »Kampf im Zentrum«, ver.di-Gewerkschaftsrat beschließt Kampagne gegen die Folgen der Finanzkrise</p> <p>Christian Becker &amp; Nadja Rakowitz: »Fonds nichts kommt nichts«, ver.di-Argumentationshilfe zum Gesundheitsfonds</p> <p>Ulrich Maaz: »Veränderungsarbeit«, zu »Chance 2011« – Mitgliederorientierung durch Organisationsentwicklung?</p> <p>»Neue hessische Schule«, Rundschreiben anlässlich der Landtagswahl im Januar 2009</p> <p>Hans-Gerd Öfinger: »Wirklich aus Hansens Schatten heraus?«, über den selbstbezüglichen Transnet-Gewerkschaftstag</p> <p>Johannes Reich &amp; Ralf Kronig: »Zwischen Entgrenzung und Individualisierung«, über die Interessenvertretung in IT-Unternehmen</p> <p>»Transnationalisierung jetzt!«, Ergebnisse und Forderungen eines Migrations-Workshops in Malmö</p>	<p>○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar</p> <p>○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.K.)</p>
<p>Redaktion express Niddastraße 64 60329 Frankfurt</p>		<p>Tel. (069) 67 99 84 Email: <a href="mailto:express-afp@online.de">express-afp@online.de</a> <a href="http://www.labournet.de/express">www.labournet.de/express</a></p>
<p>Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabo 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV-Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.</p>		



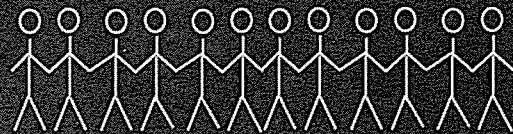
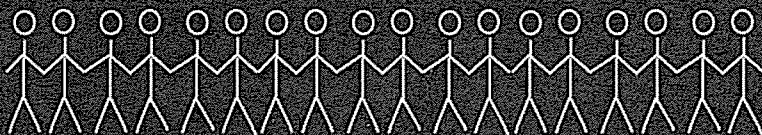
BAYERs Gesundheitschef Arthur Higgens

Statt aus „gesundheitlichen Gründen“ Steuererhöhungen vorzunehmen, hat der Präsident BAYER & Co. im Zuge seines Finanzkrisenmanagements sogar noch Abgaben erlassen. Das 800 Milliarden Dollar schwere Konjunkturpaket sieht nämlich gelockerte Abschreibungsregelungen und bessere Möglichkeiten zur Schuldenverrechnung vor, was den Konzernen ein Einspar-Potenzial von ca. 6,5 Milliarden Dollar eröffnet. Dazu gewähren die Finanzämter noch Rabatt bei Forschungskosten und anderen Kleinigkeiten. Nur die ManagerInnen der Konzerne müssen mehr zahlen, allerdings erlangten sie einen Aufschub: Die Laufzeit der Steuererleichterungen für SpitzenverdienerInnen endet erst 2010 und damit pünktlich zu dem von der Bush-Regierung auch avisierten Termin.

Nicht nur damit setzt die neue Administration auf politische Kontinuität. Obamas Verteidigungsminister Robert Gates ist ebenso Republikaner wie Martin Feinstein und William Donaldson vom „Beraterstab für den Wirtschaftsaufschwung“. Feinstein war Vertrauter von Ronald Reagan und George W. Bush und machte unter anderem Vorschläge zur Teilprivatisierung der Sozialversicherungen, während Donaldson sich in den Augen der DemokratInnen als ehemaliger Leiter der Bör-

senaufsicht SEC für den Job qualifizierte. Andere Personalentscheidungen sprechen auch nicht gerade für „change“. So gefiel sich der einstige Notenbankchef und nunmehrige Chef der Wirtschaftsaufschwung-Weisen, Paul Volcker, früher in der Rolle des Oberderegulierers und das Gremiumsmitglied Jeff Immelt vom Multi GENERAL ELECTRIC dürfte das Wirtschaftsleben auch kaum vom Kopf auf die Füße stellen wollen. Der Nationale Wirtschaftsrat Lawrence H. Summers trägt sogar einige Mitschuld an der jetzigen Krise. Er setzte nämlich 1999 als Lobbyist alle Hebel in Bewegung, um die 1931 im Zuge der Weltwirtschaftskrise eingeführte Trennung von Investmentbanken und Geschäftsbanken auszuhöhlen und das Zocken für alle Geldhäuser zu erleichtern. Der neue Handelsminister Gary Locke, fiel in der ökonomischen Krise nach dem 11. September unangenehm auf, als er mit den RepublikanerInnen fraternisierte, um Steuererhöhungen zu verhindern. Und ob der Energieminister Steven Chu seine nicht eben industrie-freundlichen umweltpolitischen Vorstellungen realisieren kann und der Agrarminister Thomas J. Vilsack sich wirklich für die VerbraucherInnen und die FarmerInnen statt für die Agrar-Industrie einsetzen wird, wie Obama ankündigte, bleibt ebenfalls abzuwarten. Nach Ansicht des kanadischen Wirtschaftsprofessors Michel Chossudovsky steht hinter dem „Yes, we can!“ des neuen Präsidenten nicht mehr als ein „Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz“. Ein Lifting, das BAYER nicht allzu viel kosten dürfte.

solidarität ist



eine waffe

deshalb werde Mitglied – spende auf unser Konto



ROTE HILFE E.V.  
www.rote-hilfe.de

Infos: Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Spendenkonto: 19 11 00 462, Blz: 440 100 46, Postbank Dortmund

## BAYER-Pestizide in der Kritik

# Das große Fischsterben



Degenerierte Fische

*Im australischen Noosa-Fluss gehen die Fischbestände dramatisch zurück. Und die verbleibenden Tiere bieten oft einen gruseligen Anblick: Sie haben zwei Köpfe oder einen aus dem Kopf wachsenden Schwanz. Als Auslöser der ökologischen Katastrophe gelten Ackergifte von BAYER und anderen Herstellern, die auf benachbarten Plantagen zum Einsatz kommen.*

*Von Philipp Mimkes*

Australische FischerInnen schlagen Alarm: Im Noosa-Fluss gehen die Fischbestände dramatisch zurück, seit es in der Gegend mit hohem Pestizideinsatz betriebene Macadamianuss-Plantagen gibt.

Nach dem Schlüpfen sterben die Larven innerhalb von 48 Stunden, eine Zuchtfarm verlor allein mehrere Millionen Barsche. Zudem treten an der „Sonnenschein-Küste“ des Bundesstaates Queensland

verstärkt Mutationen von Fischen auf. Der Veterinärmediziner Dr. Matt Landos berichtet von Fischen mit zwei Köpfen und Tieren, bei denen der Schwanz aus dem Kopf wächst.



Das staatliche Industrie- und Fischereiamt DPI & F hat Untersuchungen aufgenommen. Als Auslöser der Deformationen stehen Pestizide in Verdacht - namentlich das Insektizid Endosulfan und das Fungizid Carbendazim, beide im Sortiment des BAYER-Konzerns. Die Agrochemikalien, die auf den angrenzenden Nuss-Plantagen in großen Mengen versprüht werden, können das Hormonsystem schädigen und dadurch Mutationen verursachen. Auch Dr. Landos führt das Fischsterben auf die Ackergifte zurück. „Diese Chemikalien stören das Zellwachstum“, sagt er. „Eine andere Erklärung für das, was gerade abläuft, gibt es nicht“, ist sich der Wissenschaftler sicher. Deshalb forderte er den Bundesstaat Queensland auf, die Chemikalien aus dem Verkehr zu ziehen und nach Ersatzstoffen Ausschau zu halten.



Die Idylle tügt: Der Noosa-Fluss

Dabei bedrohen die Agrochemikalien nicht nur die Biodiversität in australischen Gewässern. „Bei Fischen und Amphibien ist seit Jahren ein weltweiter dramatischer Rückgang der Bestände bis hin zum Artensterben zu beobachten, die nach verschiedenen Studien auf den Einsatz von Pestiziden zurückzuführen sind,“ erklärt Klaus Schenck von RETTET DEN REGENWALD e. V.. Den VerbraucherInnen in Deutschland empfiehlt Schenck, australische Macadamia-Nüsse wegen der möglichen Pestizidbelastung nicht zu kaufen.

Besonders Endosulfan ist extrem toxisch und wirkt direkt auf das zentrale Nervensystem. In Tierexperimenten wurden epilepsieartige Krämpfe, Leber- und Nierenschäden, Erblindungen sowie Schädigungen der Haut und Schleimhäute festgestellt. Beim Menschen rufen bereits geringe Konzentrationen Schäden des Hormonsystems hervor. Auch wird ein verstärktes Wachstum von Brust- und Prostatakrebszellen beobachtet. Bei BAYER gelangte der Wirkstoff im Jahr 2002 durch die Übernahme von AVENTIS CROPS SCIENCE in das Sortiment.

Immer wieder kommt es zu Vergiftungen mit Endosulfan. Allein im kleinen westafrikanischen Land Benin führte der Einsatz des Pestizids innerhalb von zwei Jahren zu 348 Vergiftungen und 50 Todesfällen. In Indien starben im November fünf Schüler, nachdem sie mit Endosulfan vergiftete Milch getrunken hatten. Rund 10 Tonnen Endosulfan waren auch an Bord der philippinischen Fähre „Princess of the

Stars“, die im Juni 2008 in einen Taifun geriet und sank. Die Ladung musste aufwendig geborgen werden, um eine Meeres-Verseuchung zu verhindern.

In mehr als fünfzig Ländern ist Endosulfan verboten, in Deutschland besitzt das Nervengift seit 1991 keine Zulassung mehr.

**„Es ist eine Tragödie, dass Pestizide wie Paraquat und Endosulfan, die unter den Anwendungsbedingungen im Süden extrem gefährlich sind, weiterhin großflächig eingesetzt werden“**

Der BAYER-Konzern exportiert Endosulfan jedoch weiterhin unter den Handelsnamen MALIX, PHASER und THIODAN in alle Welt, meist für den Einsatz im Baumwollanbau. Umweltgruppen fordern das Unternehmen seit langem auf, Produktion und Verkauf von Endosulfan einzustellen, da eine gefahrlose Anwendung prinzipiell nicht möglich ist. Armut, Analphabetismus und tropisches Klima, das den Einsatz von Schutz-Anzügen nicht erlaubt, tragen dazu bei, dass rund 99 Prozent aller Pestizid-Vergiftungen in Entwicklungsländern auftreten. Sarojeni V. Rengam, Geschäftsführerin des PESTICIDE ACTION NETWORK ASIA: „Es ist eine Tragödie, dass Pestizide wie Paraquat und Endosulfan, die unter den Anwendungsbedingungen im Süden extrem gefährlich sind, weiterhin großflächig eingesetzt werden. Wir fordern die Firmen BAYER,

weltgrößter Produzent von Endosulfan, und Syngenta, Produzent von Paraquat, auf, die Herstellung dieser tödlichen Pestizide sofort einzustellen.“

Im vergangenen Oktober scheiterte jedoch der Versuch, Endosulfan auf der Vertragsstaatenkonferenz der Rotterdam-Konvention im Rahmen des Prior-Informed-Consent-Verfahrens (PIC) auf die Liste der gefährlichen Stoffe zu setzen. Die PIC-Prozedur gibt Entwicklungsländern das Recht zu entscheiden, welche der gelisteten Chemikalien sie für den Import zulassen und welche sie ausschließen wollen, weil sie deren Risiken nicht handhaben können. Die Produzenten sind verpflichtet, Exporte zu unterbinden, wenn sich das Importland dagegen entschieden hat. Vor allem Indien, Pakistan und China, wo Endosulfan weiterhin im großen Umfang eingesetzt wird, sprachen sich gegen eine Aufnahme in die Liste aus. So wird im australischen Queensland nach wie vor alles im Fluss bleiben und auch die übrigen Risiken und Nebenwirkungen von Endosulfan können weiterhin unbehelligt Mensch, Tier und Umwelt schädigen.

**Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

## Späte Ehrung für Zwangsarbeiter

## Das Wollheim-Memorial



Foto: Eva &amp; Artur Hollig

Das Memorial

1951 verklagte der ehemalige IG-FARBEN-Zwangsarbeiter Norbert Wollheim die Nachfolge-Gesellschaft auf Schmerzensgeld. Nach langwierigen Verhandlungen erhielt Wollheim nicht nur in eigener Sache Recht: Die IG FARBEN IN ABWICKLUNG mussten in einem Vergleich 15 Millionen Euro an die Opfer zahlen. Ohne diesen Musterprozess hätte es wahrscheinlich nie Entschädigungen für die SklavenarbeiterInnen der deutschen Industrie gegeben. Deshalb ehrte die Stadt Frankfurt Wollheim im vergangenen Jahr mit einem Memorial. Über die Art des Gedenkens hatte es vorher allerdings einige Auseinandersetzungen gegeben.

Von Jan Pehrke

Im Jahr 2001 ging das Frankfurter IG-FARBEN-Haus in den Besitz der Johann Wolfgang von Goethe-Universität über. Mit der von dem Gebäude repräsentierten Vergangenheit des von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzerns wollte die Hochschule allerdings nichts zu tun haben. Seinem Architekten zu Ehren sollte es fortan „Poelzig-Ensemble“ heißen und so nach den Worten des damaligen Universitätspräsidenten Werner Meißner „die Reinwaschung von nationalsozialistischen Be-

zügen“ ermöglichen. Auch gegen das Anbringen einer Gedenktafel für die IG-SklavenarbeiterInnen wehrte sich Meißner lange Zeit beharrlich, aber die Überlebenden konnten sich schließlich durchsetzen. In seiner Rede zur Enthüllung des Erinnerungsmals griff der bis 2005 das Fritz-Bauer-Institut leitende Micha Brumlik den Vorschlag Karl Broziks auf, den Platz vor der Universität nach Norbert Wollheim zu benennen. Der Vertreter der Jewish Claims Conference, welche die juristi-

schen Ansprüche von jüdischen NS-Opfern gegenüber der Bundesrepublik vertritt, wünschte damit den Mann zu ehren, der Anfang der fünfziger Jahre mit seinem Musterprozess gegen die IG FARBEN IN ABWICKLUNG (I. A.) die ersten Entschädigungszahlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen durchsetzte.

Zahlreiche Personen und Organisationen unterstützten dieses Ansinnen: Die Überlebenden des IG-eigenen KZs in Auschwitz, der langjährige Leiter des jüdischen



Der Innenraum des Memorials

Altersheimen in Frankfurt, Alfred Jachmann, und die Studierenden. Diese riefen sogar die Initiative „Norbert-Wollheim-Platz“ ins Leben und starteten eine Unterschriften-Kampagne, der sich unter anderem Paul Spiegel, Elfriede Jelinek, Klaus Theweleit und mehrere Professoren anschlossen.

### Umbenennung scheitert

Aber die Stadt Frankfurt und die Hochschule hielten eisern an der Adresse „Grüneburgplatz“ fest. „Obwohl ich die Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Norbert Wollheim grundsätzlich begrüßen würde, sehe ich mich im Falle des konkret von Ihnen vorgeschlagenen Platzes außer Stande, dem Beschlussgremium einen entsprechenden Vorschlag zur Umbenennung zu unterbreiten“, sagte die Oberbürgermeisterin Petra Roth. Auch das Stadtvermessungsamt lehnte ab. Es sah die strengen Maßstäbe, die wegen des Gewohnheitsrechts an einen Namenswechsel anzulegen sind, als nicht erfüllt an und warnte angesichts der angeblich viel kritisierten Umbenennungen der Untermain-Brücke in Ignatz-Bubis-Brücke und des Theaterplatzes in Willy-Brandt-Platz vor dem Plan. Der Meißner-Nachfolger Rudolf Steinberg argumentierte hingegen historisch: „Der Grüneburgplatz besitzt eine eigenständige, spezifische Geschichte“. Diese besaß er allerdings nur von 1930 bis 1945, und das auch nur in den Augen der IG FARBEN. Vorher und nachher verwendete niemand diese Bezeichnung. Zu allem Übel fühlte sich durch die Kritik auch noch das rechte „Bürgerbündnis für Frankfurt“ (BFF) ermutigt, seinerseits Ablehnung zu bekunden und eine Umbenennung der perfiden Art anzuregen - den Namen des „20. Juli“-Mitverschwörers Karl Friedrich Klause

sollte der Platz nach dem Willen der BFF fortan tragen.

Der Ortsbeirat fällt schließlich die Entscheidung zu Gunsten des alten Namens. Der bis zum 1. 1. 2009 amtierende Steinberg nahm allerdings das Anliegen der Umbenennungsinitiative auf und berief eine Kommission ein, die den Auftrag erhielt, Pläne für eine angemessene Würdigung Norbert Wollheims zu entwickeln. Und diese Kommission, der VertreterInnen der Claims Conference, des Fritz-Bauer-Institutes, der Studierenden und Lehrenden angehörten, griff eine Anregung des Publizisten Arno Lustiger auf, auf dem Gelände der Hochschule eine Gedenkstätte zu errichten.

### Das Memorial

Mit dem Entwurf wurde der Künstler Heiner Blum betraut. Er konzipierte ein dreiteiliges Ensemble. Es besteht aus Fototafeln, einem Ausstellungspavillon und - als zwar virtueller, aber genuin zum Denkmal gehörender Teil - einer Internetseite ([www.wollheim-memorial.de](http://www.wollheim-memorial.de)). Die im Park des IG-FARBEN-Hauses aufgestellten großformatigen Fotografien zeigen ehemalige Zwangsarbeiter des Konzerns. Es sind Bilder aus fröhlichen Kindertagen, denen mit den späteren Häftlingsnummern als Menetekel das spätere Grauen eingeschrieben ist. „Ich will zeigen, was diesen Menschen genommen wurde, nicht nur, was ihnen angetan wurde“, sagt Blum zur Begründung dafür, keine Abbildungen geschundener, ausgemergelter Körper verwendet zu haben. Auf einem dieser Fotos ist Hans Frankenthal zu sehen, der später auf den Hauptversammlungen von BAYER und den IG FARBEN I. A. immer wieder vehement eine angemessene ZwangsarbeiterInnen-Erschädigung einforderte. Im Matrosenanzug hockt der

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 27. Jahrgang

Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

e-mail: [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

<http://www.CBGnetwork.org>

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mirkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005  
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MwSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

#### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

#### Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rechlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

kleine Hans auf einem Tischchen und spielt mit einem Stofftier, während sich sein Bruder Ernst im gleichen Aufzug an der Kante abstützt und eine Schubkarre in Händen hält.

Das Foto der Brüder Frankenthal, das um 1929 entstanden ist, leitet gemeinsam mit den Kindheitsbildern der anderen Sklavenarbeiter zu einem Pavillon, dem ehemaligen Pförtnerhaus des Komplexes. An der Frontseite prangt groß und hell erleuchtet die Zahl 107984 - die Häftlingsnummer Norbert Wollheims. In einem Video-Interview, das die BesucherInnen sich im Inneren anschauen können, erzählt Wollheim, welch ein einschneidendes Erlebnis es für ihn war, bei seiner Ankunft in Auschwitz diese Zahlenfolge auf seinen linken Arm eingearbeitet zu bekommen. „Eines der ersten Dinge, die ich mir sagte, war: ‚Ich habe eine Nummer, aber ich möchte keine Nummer werden‘“, erzählt der 1998 verstorbene Mann. Auf einem zweiten Bildschirm ist die Website der Gedenkstätte abrufbar, die viel Material zu Wollheim, seinem Prozess, den IG FARBEN, der Zwangsarbeit und der Entschädigungsdebatte bereithält und integraler Bestandteil des Memorials ist. Nach dem Willen des Künstlers soll es nämlich Gedenken und Information mit-

einander verknüpfen - auch um wirklich die Tragweite des Satzes von Norbert Wollheim zu ermessen, der eine Wand des Pavillons einnimmt: „Wir sind gerettet, aber wir sind nicht befreit“.

**Zwangsarbeit bei der IG**

Dieser Satz stammt aus einem Brief Wollheims, in dem er seinen in New York lebenden Freund Hermann Simon bittet, sich für die 60.000 Überlebenden der KZs zu verwenden, die als „Displaced Persons“ nicht wussten, wo sie hin sollten. Die Sentenz kann jedoch auch im übertragenen Sinne als Beschreibung eines die Vorstellungskraft übersteigenden und die Opfer für immer prägendes Grauen verstanden werden. Und dieses Grauen beschreibt Norbert Wollheim in dem Interview eindringlich. Zunächst auf der Baustelle des IG-FARBEN-Werkes in Auschwitz eingesetzt, mit welchem Nazis und IG-Obere die „Germanisierung“ der Region vorantreiben wollten, war ihm eines sofort klar: „Ich wusste, dass mir nur so lange zu leben erlaubt war, wie ich diese Arbeit tun konnte“. Viele konnten es nicht lange. Von den 51.445 KZ-Häftlingen, die Frondienste für den Konzern leisten mussten (insgesamt hatte dieser ca. 160.000 ZwangsarbeiterInnen), starben allein in



Foto: Eva & Artur Hollig

Ernst und Hans Frankenthal

Auschwitz, wo die IG sogar ein firmeneigenes KZ unterhielt, zwischen 23.000 und 25.000 Menschen. Selbst noch bei klirrender Kälte zum Arbeiten auf dem Bau gezwungen und auf Wassersuppe gesetzt, raffte es die Gefangenen dahin. Nicht einmal ein Mindestmaß an Würde billigte die IG-FARBEN ihren Arbeitssklaven zu. Das Essen mussten die KZ-InsassInnen im Stehen ein-

+++ **Hochstapler Atomenergie** +++  
**Atomstrom ist für die Energieversorgung verzichtbar**

Um die Bedeutung der Atomenergie zu betonen, weist die Atomwirtschaft immer wieder auf den Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung hin. Schaut man sich aber an, welchen Beitrag die Atomenergie zum gesamten weltweiten Energieverbrauch leistet, zeigt sich, dass die Atomenergie für den Energiebedarf der Menschheit nahezu bedeutungslos ist.

Atomstrom deckte im Jahr 2001 nur 2,3 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Weltenergieversorgung liegt heute schon deutlich höher.

Die Menschheit kann auf den geringen Beitrag der Atomenergie durchaus verzichten. Die Risiken atomarer Unfälle, die Produktion von hochradioaktivem Atommüll und die für dessen Beseitigung aufzuwendenden Kosten stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem geringfügigen Gewinn an Energie für eine kurze Zeitspanne. Atomenergie ist gefährlich und überflüssig.

Weitere Infos  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)



**Atomkraftwerke abschalten.**

International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) – German Section  
 Körtestr. 10, D-10967 Berlin, Germany. International Campaign: [www.facts-on-nuclear-energy.info](http://www.facts-on-nuclear-energy.info)



wise



nehmen, und an Waschen war kaum zu denken. „Die grundlegenden Dinge des Lebens wurden Dir vorenthalten“, berichtet Wollheim. Er selber überlebte wohl vor allem, weil er dank seines früheren Berufs andere Arbeiten zugewiesen bekam. Zusammen mit einem Polen gelang es ihm dabei sogar noch, Werkssabotage zu betreiben und so ein wenig Sand ins Getriebe der Kriegspoduktion zu streuen.

**Wollheim vs. IG FARBEN**

Seinen „zweiten Geburtstag“ nennt Norbert Wollheim den Tag, an dem er auf den Todesmärschen seine Haut retten und von der US-Armee kontrolliertes Gebiet erreichen konnte. Glücklicherweise, aber zugleich ungeheuer traurig sei er da gewesen, erinnert sich der Mann, weil er realisierte, dass er nun völlig allein war, ohne Eltern und ohne Familie. Wollheim blieb erst einmal in Deutschland. Er nahm sich der „Displaced Persons“ an, baute den „Zentralrat der Juden“ mit auf und sagte im Nürnberger IG-FARBEN-Prozess (siehe SWB 4/08) aus. Der Berliner heiratete wieder, wurde erneut Vater und entschied dann gemeinsam mit seiner Frau, die Kinder nicht in der Bundesrepublik aufzuziehen und stattdessen in die USA zu gehen. Dort erfuhr er von dem Aufruf der von den

Alliierten gebildeten IG-FARBEN-Kontrollgruppe an die AktionärInnen der Firma, ihre noch nicht abgegoltene Ansprüche anzumelden. Wollheim sagte sich: „Ich habe auch Ansprüche. Sie haben mir nie einen Penny für meine schmutzige Arbeit gezahlt!“ Der Neu-Amerikaner suchte sich einen Anwalt und verklagte 1951 die IG FARBEN I. A.. Der Rechtsnachfolger des Mörderkonzerns lehnte die Forderungen des ehemaligen Zwangarbeiters jedoch strikt ab. Als reines „Instrument des Reiches“ stellte sich die IG FARBEN vor dem Frankfurter Gericht dar. „Sie versuchten sogar den Eindruck zu erwecken, sie hätten in Auschwitz so eine Art Sanatorium für uns gebaut“, so Wollheim. Kein Schuldeingeständnis kam den Verantwortlichen über die Lippen, noch nicht einmal zur Übernahme der moralischen Verantwortung waren sie bereit. Das Gericht aber sprach die IG schuldig. „Ihre angeblich völlige Unkenntnis bestätigt lediglich ihr mangelndes Interesse am Leben der jüdischen Gefangenen, für die Sie zu sorgen verpflichtet waren“, hieß es in der Urteilsbegründung. Ein „Aufschrei“ ging daraufhin laut Wollheim durch die deutsche Presselandschaft. Die Zeitungen werteten die Sache „Wollheim vs. IG FARBEN“ als Präzedenzfall und warfen dem

NS-Opfer vor, die sich gerade erst wieder erholende deutsche Industrie in den Ruin treiben zu wollen. Die IG FARBEN akzeptierte das Votum ebenfalls nicht und ging in die Berufung. So kam es erst 1957 zu einem endgültigen Abschluss des Verfahrens: Im Rahmen eines Vergleichs musste die Gesellschaft 15 Millionen Euro an die einstigen Skavenarbeiter zahlen.

Ein Durchbruch, den Wollheims langjähriger Freund Albert Kimmelstiel bei der Einweihung des Memorials im letzten November mit diesen Worten würdigte: „Sein erfolgreicher Kampf vor den deutschen Gerichten bedeutete einen ungeheuer wichtigen Schritt für die Anerkennung des Leids, das wir als Arbeitssklaven der IG FARBEN in Buna/Monowitz erleiden mussten“. Abgeschlossen soll das Kapitel „IG FARBEN“ mit dieser Erinnerungstätte für die Universität allerdings nicht sein. Präsident Steinberg sicherte in einer seiner letzten Amtshandlungen bei der Feier zu, dass die Hochschule sich weiterhin wissenschaftlich mit dem beschäftigen wird, was einst in ihren Gemäuern vor sich ging. „Das betrifft vor allem die Beteiligung des Chemie-Konzerns an Völkermord und Kriegsverbrechen“, präzisierte Steinberg.

**Diese Zeit braucht diese Tageszeitung**



**Jetzt 3 Wochen gratis\***

**3-Wochen-Testabo bestellen über:**  
 Tel.: 0 30/ 53 63 55 50, Fax: 0 30/ 53 63 55 44 oder per E-Mail: abo@jungewelt.de

**Die Tageszeitung Junge Welt**  
 Auf nach Belgien!  
 Millionen im Streik  
 \*Tag der Waise in Frankfurt: Diebstahlsverdächtige sind Kumpelgänger in besetzten Straßen, Barockparks  
 Kirmesspinnstrecke, Malabarern gegen Arbeitslosigkeit greifen, bei Protesten

**TESTABO**

**Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.**

Ich habe das Probeabo empfohlen:

Name/Vorname	CBG	Name/Vorname
Straße/Nr.		Straße/Nr.
PLZ/Ort		PLZ/Ort
Telefon		Telefon
E-Mail		E-Mail
Datum/Unterschrift		Datum/Unterschrift

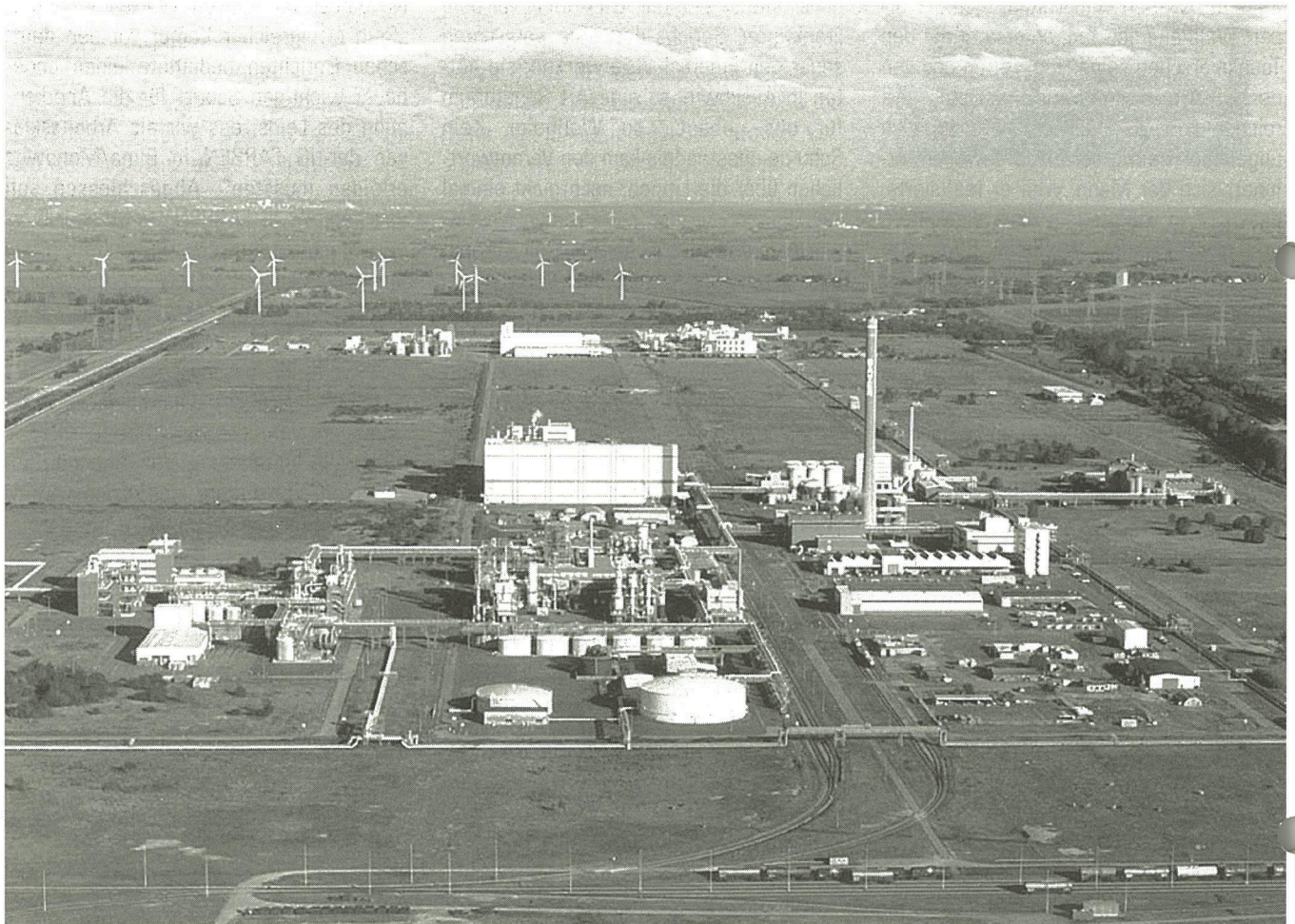
Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung beginnt ab Montag, den \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

## BAYERs Krisenmanagement

# „Wir müssen an der freien Marktwirtschaft festhalten“



Produktionsdrosselung am BAYER Standort Brunsbüttel

Foto: BAY

*Für BAYER geht trotz Krise alles seinen kapitalistischen Gang: Die AktionärInnen erhalten Rekorddividenden und die Beschäftigten im Gegenzug Arbeitszeits- und Lohnkürzungen. „Wir müssen an den Prinzipien der freien Marktwirtschaft festhalten. Alles andere wäre auf lange Sicht verheerend“, so lautet der verheerenden Lage der freien Marktwirtschaft zum Trotz das Credo von Konzern-Chef Werner Wenning.*

*Von Jan Pehrke*

„Selbstverständlich wollen wir auch Sie, sehr geehrte Aktionäre, an unserer positiven Geschäftsentwicklung teilhaben lassen“, verkündete BAYER im aktuellen Geschäftsbericht. Das mit einem Gewinn

von 6,9 Milliarden Euro erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte führte zu einer Rekord-Ausschüttung von über einer Milliarde Euro, die dem Konzern eine Aufnahme in den exklusiven 15er-

Club der Unternehmen mit den höchsten Dividendenrenditen einbrachte. Von Finanzminister Peer Steinbrück, der von den AGs einen Dividenden-Verzicht gefordert hatte, ließ sich der Konzern dabei nicht

beirren - die 1,40 Euro pro Aktie mussten sein. Eine „im derzeit trüben Umfeld ungewöhnliche Dividenden-Meldung“ war das für die *Faz*. Und ungewöhnlich ist diese umso mehr, als der Leverkusener Multi vor kurzem selbst noch im Trüben gefischt hatte. „Das wirtschaftliche Umfeld hat sich in den vergangenen Wochen dramatisch verschlechtert“, hatte BAYER-Chef Werner Wenning Mitte Dezember festgestellt. Grund der damaligen Schwarzmalerei: Es galt, die Beschäftigten der unter Absatzproblemen leidenden Kunststoffsparte, die 30 Prozent zum Konzern-Ergebnis beiträgt, auf Einschnitte einzustimmen. Mit einer Arbeitszeit- und Lohnkürzung um 6,7 Prozent ließ der Multi sie dann auch anstelle der AktionärInnen angemessen an der negativen Geschäftsentwicklung teilhaben - bzw. an dem, was BAYER für eine negative Geschäftsentwicklung hält: einen um fünf Prozent auf 9,7 Milliarden Euro geschrumpftem „Plaste & Elaste“-Umsatz.

### Lohnkürzungen

Ursprünglich hatte das Unternehmen wegen des 5-prozentigen Umsatzrückganges sogar Kurzarbeit erwogen. Die minutiös geplanten, aufeinander abgestimmten Produktionsprozesse in der Kunststoff-Herstellung lassen sich jedoch nur schwer auf „halbe Kraft“ runterfahren, weshalb der Global Player Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich bevorzugte. Die Öffnungsklauseln im Tarifvertrag machten es möglich und bieten sich auch für eventuell nachfolgende Zumutungen als Mittel der Wahl an. Und damit die Belegschaft das schluckt, bekommen ihre Chefs den Hals nicht mehr gar so voll: Sie müssen vorerst auf Gehaltserhöhungen verzichten.

Die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE) hatte hingegen lange auf eine solidarische Lösung innerhalb des Konzerns gedrungen und Beiträge der florierenden Sparten „Pharma“ und „Agrar“ eingefordert. Aber die Gewerkschaft wurde Opfer ihrer eigenen Politik, hatte sie doch im Jahr 2001 der Umstrukturierung BAYERS zu einer Holding zugestimmt, die jetzt ein solches Handeln zu Lasten einzig der Kunststoff-Abteilung ermöglicht. Zudem hatten die BelegschaftsvertreterInnen in den Tarifverträgen die jetzt für das Unternehmen so hilfreichen Öffnungsklauseln akzeptiert. So musste die IG BCE die Kürzungen schließlich akzeptieren. „Diese Lösung ist in Summe für die Mitarbeiter und das Unternehmen die beste Option“, so BAYERS Betriebsratschef Thomas de Win.



Foto: BAYER

MDI-Laboratorium in Shanghai

Hatte BAYER MATERIAL SCIENCE (BMS) bisher „nur“ mit Drosselungen der Produktion um ein Viertel, dem Vorziehen von Wartungsarbeiten und dem Abbau von Arbeitszeitguthaben auf die nachlassende Nachfrage vor allem aus der Auto-Branche reagiert, lässt das Management nun die 5.500 bundesdeutschen Kunststoff-WerkerInnen - vorerst für neun Monate bis Oktober - kürzer arbeiten. Im Zuge dieser Maßnahme stellt der Multi am Standort Brunsbüttel die Produktion von Methyl-diisocyanat (MDI) ein und stellt das Kunststoff-Vorprodukt nur noch in Krefeld und im spanischen Tarragona her. Und sollte die Reduzierung der Wochenarbeitszeit nicht ausreichen, um die Krise zu überstehen, würden weitere „Anpassungen“ erfolgen, so Wenning auf der Bilanz-Pressekonferenz. Eine Anpassung durch Verkauf zieht der Große Vorsitzende derzeit nicht in Betracht. Doch der Druck steigt. „Die dritte Säule wackelt“ überschrieb die *Welt* ihren Bericht zu den neuesten BAYER-Zahlen und empfahl dem Vorstandsvorsitzenden eine Abspaltung nach dem Vorbild der jetzt unter dem Namen LANXESS eigenständig operierenden Chemie-Abteilung. „Andernfalls müsste er sich wohl harsche Kritik seiner Aktionäre gefallen lassen“, prophezeite das Blatt.

Betriebsbedingte Kündigungen bei BMS und anderswo schließt der noch bis Ende des Jahres geltende „Standortsicherungsvertrag“ aus. Der BAYER-Chef signalisierte in seiner Rede zwar Interesse an einer Vertragsverlängerung, stellte hierfür aber knallharte Bedingungen: „Dazu brauchen

wir Flexibilität bei Arbeitszeit, Bezahlung und Standorten“. Arbeitsplätze vernichten kann der Konzern trotzdem. Bei der BMS-Sparte CAS, die Lacke, Beschichtungen, Kleb- und Dichtstoffe fertigt, stehen 100 Jobs zur Disposition. Wenn die Belegschaftsangehörigen Vorruhestandsregelungen oder Aufhebungsverträgen nicht zustimmen, wandern sie in den Beschäftigtenpool und dürfen ihr Arbeitsleben als BAYER-interne WanderarbeiterInnen fristen. Mit den insgesamt ca. 600 externen WanderarbeiterInnen, den LeiharbeiterInnen, hat der Multi noch weniger arbeitsrechtliche Probleme. Deshalb wird ihre Mannschaftsstärke wohl empfindlich schrumpfen.

Darüber hinaus kündigte BAYERS Arbeitsdirektor Richard Pott in der *Financial Times Deutschland* weitere Job-Streichungen an: „Es werden jährlich einige hundert Mitarbeiter weniger sein“. Hauptsächlich im Kunststoffbereich fallen Stellen weg, aber auch im Pharma- und Agrarbereich will der Global Player wegen der Krise und der gestiegenen Produktivität viele frei gewordenen Arbeitsplätze nicht wieder besetzen.



**Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

**Au weia, BAYER!****Warum nicht?**

Leverkusen wurde im Landtag neben einigen anderen Städten als möglicher AKW-Standort aufgeführt. Ein Kernkraftwerk in der Chemie-Stadt? Warum eigentlich nicht? Das hat Leverkusen gerade noch gefehlt: ein Atomkraftwerk. Am Mittwoch fiel im Landtag das Reizwort im Zusammenhang mit der Stadt. Aufgebracht hat es Norbert Römer. Der Mann sollte sich auskennen: Er ist Energieexperte der SPD-Landtagsfraktion und zitierte aus einem Gutachten, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte. In der Untersuchung sollen auch Gelsenkirchen, Hamm, Datteln, Rees, Würgassen und sogar Paderborn als mögliche AKW-Standorte aufgeführt sein. Sagt jedenfalls Norbert Römer. Dass er von FDP-Fraktionschef Gerhard Papke postwendend der Spintisiererei bezichtigt wurde, soll unsere Phantasie nicht bremsen. Denn Hand aufs Herz: Ein Kernkraftwerk in dieser Stadt, das hätte seinen Reiz. Wäre so ein Atommeiler nicht der letzte Edelstein in der Corona großartiger Errungenschaften des Industriezeitalters, die Leverkusens Stadtbild - und Image! - prägen? Wohin sollte ein AKW bitteschön besser passen als dorthin, wo im Umkreis von ein paar Hundert Metern folgende Umweltattraktionen aufgeboten sind: Im Untergrund eine toxische Chemiebrühe mit Rheinpark drauf, daneben eine Super-Verbrennungsanlage für giftigsten Sondermüll, deren Ruf bis nach Australien reicht. Das Ganze garniert mit einem Normalo-Müll-ofen, einer Fast-Normalo-Kläranlage und einer gigantischen Chemie-Bude, die so was von bedeutend ist, dass man sich das ganze Gemeinwesen ohne BAYER gar nicht vorstellen könnte. Erst recht nicht, weil es ohne BAYER ja auch keine abgedeckte Giftkippe am Rhein, keine Sondermüll-, keine Klärschlammverbrennung gäbe. Also: Wer immer auf der Suche nach einem Platz für ein schönes, neues AKW ist - in Leverkusen stimmen die Standortfaktoren. Zumindest mental. Oder?

Von Thomas Käding (Quelle: Leverkusener Anzeiger)



Wenning mit Finanzvorstand Klaus Kühn

**Betriebsrentenrisiken**

Bei der Präsentation der Geschäftszahlen hatte Werner Wenning in den beiden Bereichen noch keinen Handlungsbedarf ausgemacht, weil diese konjunkturunabhängiger agieren als BMS. Zum Eingreifen zwang allerdings die Situation bei der Betriebsrentenkasse, denn der Leverkusener Multi hat die Einlagen für die bundesdeutschen Beschäftigten zu 17,68 Prozent in Aktien angelegt und diejenigen für die Beschäftigten an den auswärtigen Standorten sogar zu 38 Prozent. Nach BAYER-Angaben erwirtschaftete die Pensionskasse zwar auf wundersamen Wegen trotz der Kursstürze an den Börsen eine „positive Anlagerendite“, doch allzu positiv ist die wohl nicht ausgefallen. Der Konzern gewährte seinem Versorgungswerk nämlich nicht nur ein Gründungsstock-Darlehen im Werte von 310 Millionen Euro, er erhöhte auch die Rückstellungen für die fälligen Zahlungen um 846 Millionen auf 6.347 Milliarden Euro.

Zudem kamen BAYER durch die Turbulenzen am Finanzmarkt seine Schulden teurer zu stehen. Die Risikoprämien der Kreditversicherungen stiegen drastisch. Nicht zuletzt deshalb gab der BAYER-Chef auf der Bilanz-Präsenzkonferenz als ein Kernziel für die nächsten Monate eine Reduzierung der Verbindlichkeiten von momentan 14,2 Milliarden Euro aus.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet Wenning ein Abschmelzen des Gewinns von 6,9 Milliarden um fünf Prozent. Er blickt aber trotzdem zuversichtlich in die Zukunft: „Wir sind optimistisch, gestärkt

aus dieser Krise herauszukommen“. Darum sieht der Manager auch keinen Grund, am bisherigen Wirtschaftsmodell zu zweifeln. „Wir müssen an den Prinzipien der freien Marktwirtschaft festhalten. Alles andere wäre auf lange Sicht verheerend“, sagte er in einem *Spiegel-Online*-Interview. Schuld an dem ganzen Desaster haben seiner Ansicht nach nur die Exzesse, die nie die Sache von BAYER waren. „Kurzfristige Gewinnmaximierung“ - so etwas gab es im Nachhaltigkeitszentrum Leverkusen nicht. Doch jetzt haben einige Schwarze Schafe das Image der ganzen Innung ramponiert, was Wenning dazu bewog, zu ideologischen Anstrengungen aufzurufen: „Wir müssen die positiven Seiten der Globalisierung betonen“. Er tat dies an prominenter Stelle, beim Davoser „World Economic Forum“, und in herausgehobener Stellung, denn er gehörte in diesem Jahr dem 5-köpfigen Vorstand dieses Klassentreffens an.

**Merkel hilft**

Aber Wenning setzte sich nicht nur für seine Klassenbrüder und -schwestern ein, er nutzte seine Position in Davos auch

A graphic element featuring the logo of the Coordination Bureau of German Workers (CBG). The logo consists of a circle containing the letters 'CBG' and a small portrait of a man. Below the logo is the text 'Coordination bureau of German Workers'. To the right of the logo is a large, bold text box that reads 'Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.' Below this graphic is a black bar with the website address 'www.CBGnetwork.org' in white text.



aus, um pro domo aktiv zu werden. So traf er sich zu einem Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao. Eine Begegnung, die ihm besonders am Herzen lag, „denn China ist schon heute der drittgrößte Markt von BAYER weltweit“. Und damit die Krise daran nichts ändert, dürfte sich ein kleiner Plausch mit Wen Jiabao als nützlich erweisen. Angela Merkel war derselben Ansicht - sie weiß schließlich, was sie den einheimischen Unternehmen schuldig ist. Darum sprach die CDU-Politikerin Ende Januar mit dem Chinesen und trotzte ihm die Zusicherung ab, das Handelsvolumen mit der Bundesrepublik nicht zu verringern. Darüber hinaus drängte die Bundeskanzlerin den Ministerpräsidenten, BAYER & Co. stärker am 500 Milliarden Euro schweren Konjunkturprogramm im Reich der Mitte teilhaben zu lassen, ganz wie der „Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“ es ihr aufgetragen hatte. In Sachen „Protektionismus“ herrschte dagegen von Anfang an Einigkeit. Die beiden größten Exportnationen der Welt brauchen schließlich nichts so sehr wie offene Märkte. Aus diesem Grund warnte auch der BAYER-Chef in dem Gespräch mit *Spiegel Online* eindringlich vor innerkapitalistischen Schutzwällen. Dabei hatten



Immer zu BAYER-Diensten: Angela Merkel

die drei freien Marktwirtschaftler vor allem die USA im Blick. Da deren Interessenslage als Importnation eine ganz andere ist, hatte Obama seinem nationalen Hilfspaket ursprünglich eine „Buy American“-Klausel beigefügt. Er hörte jedoch die Signale aus dem Ausland und schwächte den Passus ab. Auch sonst

zeigte sich der neue Präsident BAYER & Co. gegenüber erkenntlich (siehe S. 20). Er verbesserte die Abschreibungsmöglichkeiten und gewährte Steuererleichterungen, unter anderem für Forschungsausgaben. Angela Merkel steht ihm da in nichts nach. Sie betreibt nicht nur Außenwirtschaftspolitik für die bundesdeutsche In-

# Ossietsyky

Zeiwochenschrift  
für Politik / Kultur / Wirtschaft

*Ossietsyky* erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

## Hiermit bestelle ich die Zeiwochenschrift »OSSIETZKY« als

- Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)  
 Halbjahresabo zu € 29,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietsyky GmbH  
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover  
e-mail: ossietsyky@interdruck.net





Wenning neben Rupert Murdoch in Davos

mittlerweile in Deutschland, und der Leverkusener Multi arbeitete sich im letzten Jahr um elf Plätze auf Rang 95 hoch. Die europäischen Firmen profitierten dabei hauptsächlich von einer besseren Eigenkapitalausstattung und einer geringeren Abhängigkeit von den Kapitalmärkten.

Aber auch innerhalb der Europäischen Union verschieben sich die Gewichte noch mehr zu Gunsten der Bundesrepublik. Sozialabbau und Lohnverzicht haben näm-

lich in den letzten Jahren die Arbeitskraft zu einer Ramschware gemacht und die Lohnstückkosten auf 13 Prozent unter dem EU-Durchschnitt gedrückt. „Die Folgen sind dramatisch. Deutschland wächst wieder, aber zu Lasten seiner Nachbarn“, schrieb der britische Wirtschaftswissenschaftler Stefan Collignon in der *Financial Times Deutschland* und forderte von BAYER & Co. kräftige Entgelt-Steigerungen zur Förderung der Binnennachfrage ein.

## Zurück im Dschungel

Ganz egal, ob der Turbo-Kapitalismus nur einen kurzen Boxenstopp einlegt oder aber wegen Materialermüdung einen Unfall mit erheblichem Personenschaden baut, seine ProtagonistInnen sehen trotz kritischem Rennverlauf weniger Grund zur inneren Einkehr als zu Beginn der Pannenserie. Zweifelte letztes Jahr selbst ein Alan Greenspan an der Leitmaxime der Wirtschaftsethik: „Wenn jeder nur bedingungslos seinen eigenen Vorteil sucht, wird es auch dem Gemeinwohl zum Vorteil gereichen“, so gibt es jetzt schon wieder weniger Marx und mehr FDP. Und nach Ansicht des ALLIANZ-Chefs Michael Diekmann ist das ökonomische System bereits wieder zur Tagesordnung übergegangen. „Trotz der öffentlichen Diskussionen läuft das System hinter den Kulissen schön weiter. Ich finde das auch verwerflich. Aber ich kann Verwerflichkeit nur ändern, wenn ich den Markt dafür habe“, sagte er in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. Und auf die Frage: „Lässt sich das nicht ändern?“ antwortete er: „Solange wir keine Gesetze haben, die das einschränken, herrscht draußen immer noch das Gesetz des Dschungels“.



# ProSolidar



Leben statt Profit

## Geld & Konzerne

Im üblichen Geldkreislauf landet das Ersparte bei Konzernen und Banken. Und finanziert dort Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Kriege.

ProSolidar fördert Konzernkritik und Widerstand gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

**Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.**

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41    Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf    Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

**Coupon:**

**Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.**

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

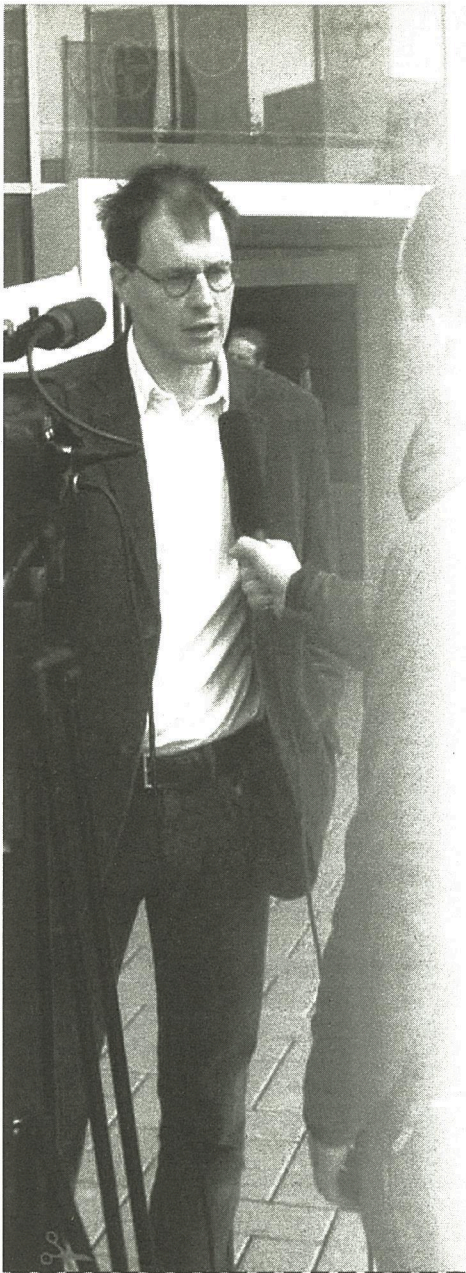
Fon \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_

Email \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41    Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf    Fax 0211 - 26 11 220  
Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)



*Mein Name ist Philipp Mimkes.*

Ich bin Vorstandsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren und seit langem Autor von STICHWORT BAYER (SWB).

Ich erhalte täglich Rückmeldungen aus aller Welt. Daher weiß ich, dass unsere langjährige Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Chemie- und Pharmaunternehmen auf großes Interesse stößt.

Schon unsere bloße Existenz macht vielen Menschen Mut. Denn in der Bevölkerung ist die Meinung, dass gegen einen Giganten wie BAYER doch nichts ausrichten kann, weit verbreitet. Wir sind der Gegenbeweis!

Mit STICHWORT BAYER (SWB) bringen wir Licht in die Machenschaften des BAYER-Konzerns. Ohne STICHWORT BAYER und den englischsprachigen Newsletter KEYCODE BAYER wären unsere Erfolge nicht möglich.

Bitte helfen Sie uns, den Fortbestand von SWB zu sichern! Werden Sie Mitglied im SWB-Förderkreis oder helfen Sie mit einer Spende. Falls Sie SWB noch nicht regelmäßig beziehen, werden Sie Abonnent/in.

Mit herzlichen Grüßen,  
Ihr Philipp Mimkes

- Ja, ich werde Mitglied des SWB-Förderkreises mit einem selbst festgelegten Jahresbeitrag von**  Euro  
(Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG).  
Der Beitrag soll  
 monatlich       halbjährlich  
 vierteljährlich       jährlich abgebucht werden.

- Ja, ich möchte SWB stärken und bestelle zusätzlich**  Exemplare  
Voraussetzung ist ein SWB-Abo bzw. eine Mitgliedschaft bei der CBG. Vorzugspreis je Heft 1,50 Euro (Verkaufspreis 8 Euro).

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) zum Preis von** (mind. 30 Euro im Jahr)  Euro

- Ja, ich helfe mit einer Spende an den Stichwort BAYER Förderkreis**  Euro

**Absender**

Name, Vorname  
   
Straße, Hausnr. PLZ, Ort  
   
Fon/Fax eMail

**Lastschrift** Bitte buchen Sie meinen Beitrag / meine Abogebühr / meine Spende ab wie folgt

Konto-Nr. Bankleitzahl  
  
Geldinstitut  
    
Beruf Geburtsjahr Datum/Unterschrift

**STICHWORT BAYER Förderkreis**  
Postfach 15 04 18  
40081 Düsseldorf  
Fon 0211 - 33 39 11  
Fax 0211 - 33 39 40  
eMail CBGnetwork@aol.com

**STICHWORT BAYER FÖRDERKREIS**

*Für wirksame Konzernkritik und demokratische Gegenöffentlichkeit.*